Heinz Schilling

Gab es im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit in Deutschland einen städtischen „Republikanismus“?

Zur politischen Kultur des alteuropäischen Stadtbürgertums

Dem von Helmut Koenigsberger formulierten Thema des Kolloquiums über „Republiken und Republikanismus, 15. bis frühes 17. Jahrhundert“ entsprechend¹, habe ich mich auf die Suche nach explizit ausgearbeiteten republikanischen Theorien in den deutschen Städten des späten Mittelalters und der ersten Epoche der Frühneuzeit begeben. Daß ich dabei wenig erfolgreich war, wird den Kenner kaum überraschen. Denn es widersprach offensichtlich dem stadtbürgerlichen Selbstverständnis, seine Ordnungsvorstellungen in ein allgemeingültiges, geschlossenes theoretisches System zu kleiden. In den genannten Jahrhunderten war noch die konkrete Stadt der Bezugspunkt des politischen Denkens ihrer Bürger. Und auch die auf sie bezogenen Ordnungsvorstellungen wurden nur selten artikuliert oder gar in ein System logischer Beziehungen gebracht, das man zu Recht „politische Theorie“ nennen könnte. Wie sich die Bürger das politische Funktionieren der städtischen Ordnung im Innern und wie deren Beziehungen nach außen, zu den außerstädtischen Gewalten vorstellten, das ist ihrem Handeln sowie ihrer Rechtsargumentation in konkreten Fragen der Alltagspolitik im Innern und nach außen zu entnehmen.

Ich versuche im folgenden, die politischen Ordnungsvorstellungen des deutschen Stadtbürgertums aus solchen Einzelementen zusammenzusetzen, wobei nach Bausteinen einer republikanischen Theorie Ausschau gehalten werden soll². Die von Hel-

¹ Es handelt sich im folgenden um den mit Anmerkungen versehenen, nur geringfügig überarbeiteten Text des den Teilnehmern des Münchener Kolloquiums vom 6.–9. Mai 1985 vorgelegten „Papiers“. Für Hilfen bei der Beschaffung der meinen Ausführungen zugrunde liegenden Materialien habe ich den Wissenschaftlichen Hilfskräften Siglinde Patt und Uwe Sibeth zu danken.

² Das Problem wurde bereits in mehreren meiner älteren Untersuchungen implizit berührt. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich im folgenden zur Entlastung der Anmerkungen häufig auf diese Abhandlungen und die dort angeführte ältere Literatur verweise, nämlich auf *Heinz Schilling*, Aufstandsbewegungen in der Stadtbürgerlichen Gesellschaft des Alten Reiches. Die Vorgeschichte des Münsteraner Täuferreiches, 1525–1534, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Der deutsche Bauernkrieg 1524–1526* (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 1, Göttingen 1975) 193–238; im folgenden zitiert: *Schilling*, Aufstandsbewegungen; *ders.*, Bürgerkämpfe in Aachen zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Konflikte im Rahmen der alteuropäischen Stadtgesellschaft oder

mut Koenigsberger gestellte Zusatzfrage nach eventuellen Einflüssen auf die Niederlande kann ich nur am Rande berühren^{2a}. Die niederländische Entwicklung wird jedoch in vergleichender Perspektive in die Überlegungen einbezogen. Mein konkretes Beobachtungsfeld ist der Hanseraum und die südwestlich anschließenden Städtelandschaften. Argumentation und Ergebnisse dürften jedoch in den Grundzügen für das Reich insgesamt gültig sein.

Als politiktheoretisches Axiom läßt sich für die Städte des 15. bis 17. Jahrhunderts der Satz formulieren: „In den Augen der Bürger besaß ihre Stadt eine Verfassung.“ Diese „Verfassung“³ war teils ungeschrieben, teils war sie schriftlich fixiert, und zwar in Form von Privilegien, Verträgen, Rezessen u.ä. – in positivrechtlichen, aus aktuellen Anlässen entstandenen Satzungen also, die in ihrer Gesamtheit die „*ganße gemeine politie*“ ausmachten, wie das 1589 ein Hildesheimer Bürgerausschuß nannte⁴: Die „Verfassung“ regelte sowohl die rechtlichen und politischen Beziehungen der Stadt nach außen, d.h. zum Kaiser oder zum Landesherrn, als auch die Grundsätze der politischen Organisation im Innern, namentlich die Kompetenzen des Magistrates und die Partizipationsrechte der Bürgergemeinde, sei es über reguläre Bürgerschaftsvertreter, sei es als direktes Mitspracherecht in bestimmten Fragen. Die Bürger sahen es als eines ihrer Grundrechte an, daß die Inhalte dieser „Verfassung“ allen bekannt sein konnten und nicht vom Rat oder einem kleinen Kreis der politischen Elite als „*arcana*“ behandelt wurden⁵.

im Umkreis der frühbürgerlichen Revolution?, in: Zeitschrift für Historische Forschung 1 (1974) 175–231; im folgenden zitiert: *Schilling*, Aachen; *ders.*, Die politische Elite nordwestdeutscher Städte in den religiösen Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts, in: *Wolfgang J. Mommsen*, Stadtbürgertum und Adel in der Reformation. Studien zur Sozialgeschichte der Reformation in England und Deutschland (Stuttgart 1979) 235–308; im folgenden zitiert: *Schilling*, Politische Elite; *ders.*, The Reformation in the Hanseatic Cities, in: *The Sixteenth Century Journal* XIV, 4 (1983) 443–456; im folgenden zitiert: *Schilling*, Reformation; *ders.*, Konfessionskonflikte und Hansestädtische Freiheiten im 16. und frühen 17. Jahrhundert. Der Fall „Lemgo contra Lippe“, in: *Hans GBII* 97 (1979) 36–59; im folgenden zitiert: *Schilling*, Konfessionskonflikte und Hansestädtische Freiheiten; *ders.*, Konfessionskonflikte und Staatsbildung. Eine Fallstudie über das Verhältnis von religiösem und sozialem Wandel in der Frühneuzeit am Beispiel der Grafschaft Lippe (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 48, Gütersloh 1981); im folgenden zitiert: *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung.

^{2a} Hierzu zunächst *Heinz Schilling*, Calvinismus und Freiheitsrechte. Die politisch-theologische Pamphletistik der ostfriesisch-groningischen „Patriotenpartei“ und die politische Kultur in Deutschland und in den Niederlanden, in: *BM GN*, Beiheft 1987 [im Druck]; im folgenden zitiert: *Schilling*, Calvinismus und Freiheitsrechte.

³ Wohlverstanden, die alteuropäische Stadtverfassung wird im folgenden nicht nach Art der Historiographie des 19. Jahrhunderts als Vorstufe für den modernen Konstitutionalismus begriffen. Es geht vielmehr im eingangs genannten Sinne um eine systematische Beschreibung des Politik- und „Staatsverständnisses“ des deutschen Stadtbürgertums im angegebenen Zeitraum.

⁴ *Joachim Brandis* des jüngeren Diarium ergänzt aus Tilo Brandis Annalen. 1528–1609, hrsg. v. *M. Buhlers* (Hildesheim 1902) 265; im folgenden zitiert: *Brandis*, Hildesheim.

⁵ Vgl. etwa den Vorwurf des Braunschweiger Bürgerführers während des Aufstandes von 1671: „Etliche Bürgermeistern hetten wollen das Regiment allein führen, die arcana kämen nun an den Tag“, zitiert nach *Hans Jürgen Querfurth*, Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671. Das Ende der Braunschweiger Stadtfreiheit (Braunschweig 1953) 189 f.; im folgenden zitiert: *Querfurth*, Unterwerfung. – Ähnlich *Matthias Meyn*, Die Reichsstadt Frankfurt vor dem

Die zunehmende politisch-administrative Differenzierung und die bereits im späten Mittelalter einsetzenden Tendenzen zur Verobrigkeitlichung und Oligarchisierung der Stadträte machten es den Bürgern immer schwerer, dieses Wissen um die Grundlagen der städtisch-bürgerlichen Verfassung sicher zu stellen. In den Städten machte sich daher der Argwohn breit, die politische Elite würde die Bürger in ihren Rechten verkürzen und nach außen, gegenüber den Territorialgewalten, die „herrlichen Privilegien“ der Stadt „verraten“ – beides Vorwürfe, die für Landstädte ebenso wie für Reichsstädte überliefert sind⁶. Die Bürgergemeinde versuchte dem gegenzusteuern, indem sie – meist während der periodisch ausbrechenden Aufstände – die regelmäßige Verlesung der Privilegien und Rezesse forderte, etwa jährlich anlässlich der Ratswandlung oder periodisch bei den Erbhuldigungen.

Welches waren die wesentlichen Elemente dieser „Stadtkonstitutionen“? – Ich versuche, diese Frage in drei Schritten zu beantworten: Zunächst beschäftige ich mich mit den innerstädtischen Ordnungsprinzipen (Teil I), dann mit den Vorstellungen der Bürger hinsichtlich der Stellung ihrer Städte innerhalb der übergreifenden politischen Einheiten (Teil II). Abschließend soll dann der Versuch unternommen werden, dieses politische Denken des deutschen Stadtbürgertums innerhalb des Wandels der europäischen Politiktheorie entwicklungsgeschichtlich zu verorten (Teil III).

I

Für die innerstädtische Ordnung lassen sich vier Pfeiler erkennen: das Vorhandensein persönlicher „Grund- und Freiheitsrechte“ (I,1); die Forderung nach der Gleichheit aller Stadtbewohner bei den Lasten und Pflichten (I,2); der Anspruch des genossenschaftlichen Bürgerverbandes auf Beteiligung an der politischen Gewalt (I,3); schließlich die oligarchisch-egalitäre Struktur der stadtbürgerlichen Politikelite (I,4).

1. Die persönlichen „Grund- und Freiheitsrechte“ der Stadtbürger hat der Jurist Werner Holbeck am gewichtigen Beispiel der Stadt Köln für das 15. Jahrhundert (1396–1513) zusammenfassend beschrieben, und zwar in expliziter „Orientierung nach den heutigen Grundrechten“. Er geht zu Unrecht davon aus, daß „diese Entwicklung auf die Stadt Köln begrenzt gewesen ist“. Und auch die Formulierung, „die damaligen Freiheitsrechte (sollten) nur der Beseitigung konkreter Unzuträglichkeiten dienen“, ist zumindest mißverständlich⁷. Denn es ist zwar richtig, daß die städtischen

Bürgeraufstand von 1612 bis 1614. Struktur und Krise (Studien zur Frankfurter Geschichte 15, Frankfurt a. Main 1980) 60 ff.; im folgenden zitiert: *Meyn*, Frankfurt. Dort auch die obrigkeitliche Gegenposition des Rates: „Dieser Stadt Secreta und was dem Regiment zuständig gehöre niemandem zu sehen oder zu wissen als den vereidigten Ratspersonen“ (61) – In Aachen kam es in diesem Zusammenhang zu einer Inspektion des reichsstädtischen Archivs durch die Bürgerschaft, vgl. *Schilling*, Aachen, 198.

⁶ Etwa aus Hildesheim: *Brandis*, Hildesheim 115; Aachen: *Schilling*, Aachen, 191, 197.

⁷ *Werner Holbeck*, Freiheitsrechte in Köln von 1396 bis 1513, in: *Jb. d. kölnischen Geschichtsvereins* 41 (1967) 31–95; Zitate: 31, 92. Vgl. auch *Edith Ennen*, Erzbischof und Stadtgemeinde in Köln, in: *Franz Petri* (Hrsg.), Bischofs- und Kathedralstädte (Köln/Wien 1976) 27–46, hier 45 f.

Freiheitsrechte im Unterschied zu den modernen Grundrechten nicht naturrechtlich fundiert waren und daß sie für jede einzelne Stadt eigens festgelegt wurden. Das Prinzip solcher persönlichen Freiheitsrechte gehörte aber zum Kern des alteuropäischen Städtewesens und des okzidentalten Bürgerbegriffes. Die „Freiheit der Person“ und ihre Rechtssicherheit als Schutz vor willkürlichen Übergriffen war eine funktionale Voraussetzung für die rationale Existenz des Stadtbürgers, namentlich für sein gewerbliches und kommerzielles Wirtschaften. Ähnlich wie in Köln war es daher auch in einer Reihe anderer Städte im Verlauf des Mittelalters zu positivrechtlichen Festschreibungen solcher Freiheitsrechte gekommen.

Weit verbreitet war namentlich der Schutz der Bürger gegen *willkürliche Verhaftungen*⁸. Wie tief dieses Recht im Selbstbewußtsein des alteuropäischen Stadtbürgertums verwurzelt war, läßt sich daran ablesen, daß in einem Hildesheimer Korruptionsprozeß, in dem Rat und Bürgerschaft geschlossen gegen dreizehn Mitbürger, vor allem ehemalige Ratsherren, vorgingen, Nachbarstädte sich aufgefordert sahen, den Schutz vor Willkür gegen die Person zu reklamieren⁹.

Seit Mitte des 15. Jahrhunderts gerieten diese Rechte zunehmend unter Druck, und zwar nicht nur durch persönliches Machtstreben der Ratseliten, sondern vor allem durch die großen strukturellen Veränderungen der Zeit – die territoriale Staatsbildung, die Verobrigkeitlichung der Magistrate sowie die rasch voranschreitende ökonomische und soziale Differenzierung. Während der mit diesen Vorgängen sowie mit der später hinzutretenden Reformation verbundenen innerstädtischen Konflikte kam es immer wieder zu Verhaftungen, die die Bürger oder einzelne Bürgergruppen als willkürlich ansahen. Daraus resultierten ernste Gefahren für den „Grundkonsens“ zwischen Rat und Bürgerschaft, von dem das Funktionieren der städtischen Ordnung abhing. Diese Konflikte schärften aber zugleich den Blick der Bürger für die grundsätzliche Bedeutung ihrer Freiheitsrechte. Wir können daher bereits an diesem ersten Problempunkt eine generelle These festmachen, die sich in den nachfolgenden Erörterungen Schritt für Schritt erhärten wird: Die Konfrontation des ausgehenden Mittelalters und der werdenden Neuzeit hat das gemeindlich-genossenschaftliche Denken in den Städten nicht geschwächt, sondern geschärft und gestärkt.

Prinzipiell war es gleichgültig, welche Vergehen dem Inhaftierten zur Last gelegt wurden – in Hamburg 1410 waren es die Beleidigung des Lauenburger Herzogs und die Verletzung des Geleits, in Münster 1527 die Störung des bischöflichen Gerichtes¹⁰. Hinter den meisten der als willkürlich empfundenen Verhaftungen lassen sich

⁸ Beispiele: Schilling, Aachen, 193; ders., Aufstandsbewegungen, 208. Zur entsprechenden Bestimmung des Hamburger Rezesses von 1410 vgl. Jürgen Bolland, Senat und Bürgerschaft. Über das Verhältnis zwischen Bürger und Stadtreignis im alten Hamburg (Hamburg 1954) 8f.; im folgenden zitiert: Bolland, Senat und Bürgerschaft; Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose (Hrsg.) Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Reichsgründung (Hamburg 1982) 124; im folgenden zitiert: Jochmann/Loose, Hamburg. Für die Geschichte Hamburgs im 16. Jahrhundert demnächst einschlägig: Rainer Postel, Die Reformation in Hamburg (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte, Gütersloh 1986).

⁹ Brandis, Hildesheim, 15.

¹⁰ Hamburg: Jochmann/Loose, Hamburg, 124; Münster: Schilling, Aufstandsbewegungen, 20.

strukturelle Reibungsflächen zwischen Rat und Bürgerschaft erkennen. Typische Konfliktauslöser waren etwa Verhaftungen wegen Inanspruchnahme genossenschaftlicher Nutzungsrechte in der Stadt oder in den städtischen Wäldern und Landgebieten, die im Zuge von Oligarchisierung und Verobrigkeitlichung der Stadträte sowie konjunkturell bedingter Individualisierungstendenzen verkürzt worden waren. Seit den 1520er Jahren traten Inhaftierungen um der Religion willen in den Vordergrund¹¹. An der Wende zum 17. Jahrhundert war dieses Freiheitsrecht vor allem den Landesherrn gegenüber zu verteidigen: Unter den Gründen, die 1595 zum Aufstand Emdens gegen den Grafen von Ostfriesland führten, nennt die städtische Rechtfertigungsschrift an erster Stelle die Empörung über die Praxis des landesherrlichen Magistrates, nach „Gefallen die Bürger ins Gefengnus zu werffen, sie zu trucken, in die eusserste servitut zu setzen“. Und als die ostfriesischen Grafen als Reaktion auf die „Emder Revolution“ wiederholt städtische Abgesandte kurzerhand einkerkerten, sahen die Bürger darin ein „exempel Pharonis“, ein Zeichen rechtsverachtender Tyrannei also¹².

Einen zweiten Brennpunkt im stadtbürgerlichen Grundrechtsdenken machte das *Recht auf freie und ungeschmälerzte Verfügung über den Besitz aus*. Das ist natürlich in Parallele zu den ständischen Freiheitsrechten zu sehen, die sich über die Steuerbewilligung ja ebenfalls im Besitzrecht bündelten. Innerhalb der Städte stand dieses Recht aber in einem Kontext, der dynamisierbar war in Richtung auf ein modernes, individualistisches Verständnis. Denn es ging um den Besitz, über den die Einzelperson verfügte, und nicht – wie im ländlichen Bereich – um den vormodern zwischen Grundherrschaft und Grundholden geteilten Besitz. Es war dieses stadtbürgerliche Besitzrecht, das Mitte des 17. Jahrhunderts in der Theorie der niederländischen Regentenrepublikaner weiterentwickelt wurde zu einem die nichtgrundherrlich gebundenen Landbewohner einschließenden allgemeinen Grundrecht. Zugleich wurde es zum strukturellen Merkmal einer freien Republik erklärt¹³.

Dieses Besitzrecht postulierten die Bürger zum einen nach Innen, dem Stadtrat, zum andern nach außen, dem Landesherrn oder dem Kaiser gegenüber: Immer wieder brachen Bürgerunruhen oder gar Aufstände aus, weil das Finanzgebahren des Rates unkorrekt oder auch nur undurchsichtig war. Es galt der Grundsatz, daß der Magistrat in allen Angelegenheiten, die erhöhte Ausgaben und damit für den einzelnen Bürger neue finanzielle Belastung nach sich ziehen würden, auf die Mitwirkung von Bürger-

¹¹ Beispiele in den in Anm. 2 aufgelisteten Untersuchungen, u.a. *Schilling*, Aachen, 193; *ders.*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 254 f.; vgl. auch *Heinz Schilling*, Dortmund im 16. und 17. Jahrhundert – Reichsstädtische Gesellschaft, Reformation und Konfessionalisierung in: *G. Luntowski und N. Reimann*, Dortmund – 1100 Jahre Stadtgeschichte (Dortmund 1982) 151–202.

¹² *Apologia*, Das ist / Vollkommene Verantwortung / so Bürgermeister und Rath / samt ... der ganzen Bürgerschaft der Stadt Emden, zu entdeckung ihrer unschuld müssen ausgeben, Groningen 1602 (fortan zitiert als *Emder Apologie*) 97, 128, 155, Beilagen zur *Apologie*, 91 f.; 95 ff. – Zitat: *Apologie*, 97.

¹³ *Heinz Schilling*, Der libertär-radikale Republikanismus der holländischen Regenten. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Radikalismus in der frühen Neuzeit, in: *H.-Chr. Schröder* (Hrsg.), *Politischer Radikalismus im 17. Jahrhundert* (= *Geschichte und Gesellschaft* 10, Heft 4, Göttingen 1984) 498–533. im folgenden zitiert: *Schilling*, *Regentenrepublikanismus*.

vertretern angewiesen sei, wenn nicht gar auf die Zustimmung einer Bürgerversammlung. Ähnlich wie der Schutz vor willkürlicher Inhaftierung wurde auch dieser Grundsatz häufig positivrechtlich festgeschrieben¹⁴. Noch in der Reichspublizistik des ausgehenden 18. Jahrhunderts galt die Mitwirkung von Bürgerausschüssen an Finanzentscheidungen als Charakteristikum der städtischen, was inzwischen allerdings gleichbedeutend war mit der „reichsstädtischen“ Ordnung, die man jetzt auch expressis verbis als republikanisch begriff¹⁵.

Als der frühmoderne Finanz- und Steuerstaat zunehmend Ansprüche an die Städte stellte, war das bürgerliche Besitzrecht immer häufiger auch nach außen zu verteidigen. Die Konflikte entzündeten sich in der Regel an ganz konkreten Steuern und Abgaben, etwa der Akzise. Dementsprechend war die bürgerliche Rechtsargumentation von Stadt zu Stadt und von Fall zu Fall unterschiedlich, je nach Privilegien und Rechtssatzungen, auf die man sich berufen konnte. Die Finanzforderungen wurden in der Regel keineswegs prinzipiell abgelehnt. Es ging vielmehr um die dem bürgerlichen Selbstverständnis adäquate Form der Mitwirkung bei der Steuerbewilligung sowie besonders um die Erhebungsmodalitäten. Die Bürger sahen nur dann ihr Besitzrecht gewahrt, wenn der Rat, indirekt auch die Bürgerschaftsvertretung der Abgabe zugestimmt hatten und wenn sie durch bürgerlich-städtische Organe erhoben wurde. Nachdem der Gemeine Pfennig gescheitert war, ergaben sich für die Reichsstädte kaum noch einmal grundsätzliche Probleme. Umso heftiger sahen sich die anderen Städte durch die Versuche der Territorialgewalt herausgefordert, ein direktes Besteuerungsrecht durchzusetzen, um damit den Zugriff auf den Besitz des einzelnen Bürgers zu erlangen. Dem traten die Magistrate entgegen mit dem finanztechnischen Instrument des „Aversums“, d. h. der Ablösung der Steuer durch eine Pauschalsumme, deren Umlage dann allein in städtischer Gewalt verbleiben sollte. Hinter dieser Politik stand sicherlich auch das Streben, den Landesherren den Einblick in die Wirtschafts-

¹⁴ Vgl. Hamburg: *Bolland*, Senat und Bürgerschaft, u. a. 12; *Jochmann/Loose*, Hamburg, 127, 220 ff., 278; *H. Reincke*, Hamburg, ein Abriss der Stadtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart (Bremen 1926) 62–63; *Th. Schrader*, Bürgerliche Unruhen, in: *ders.*, (Hrsg.), Hamburg vor 200 Jahren. Gesammelte Vorträge von Th. Schrader, U. Jacoby, U. J. W. Wolters, O. Rüdiger und R. Ehrenberg (Hamburg 1892) 299–316; hier: 304. Zu Lübeck: *Jürgen Asch*, Rat und Bürgerschaft in Lübeck 1598–1669 (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck 17, Lübeck 1961) 85, 151; im folgenden zitiert: *Asch*, Rat und Bürgerschaft; *Max Hoffmann*, Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck, (Lübeck 1889) I. Halbband, 144–147, II. Halbband, 20 ff., 79 ff.; *Fritz Endres*, Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck (Lübeck 1926) 76 ff.; *Günter Korell*, Jürgen Wullenwever. Sein sozial-politisches Wirken in Lübeck und der Kampf mit den erstarkenden Mächten Nordeuropas (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte 19, Weimar 1980) u. a. 39–57. Braunschweig: *Werner Spieß*, Geschichte der Stadt Braunschweig im Nachmittelalter. Vom Ausgang des Mittelalters bis zum Ende der Stadtfreiheit (1491–1671) I. Halbband (Braunschweig 1966) 31, 36–43, im folgenden zitiert: *Spieß*; Geschichte; *ders.*, Die Ratsherren der Hansestadt Braunschweig 1231–1671 (Braunschweiger Werkstücke 42, Braunschweig 1970) 34 ff. Weiterhin: *Schilling*, Aachen, 196; *Meyn*, Frankfurt, 65 ff.; vgl. auch *Gerald Soliday*, A Community in Conflict. Frankfurt Society in the Seventeenth and Early Eighteenth Centuries (Hannover, N. H. 1974) 107 ff.; *Brandis*, Hildesheim, 13 ff. – zu den spätmittelalterlichen Bürgerunruhen vgl. unter Anm. 24.

¹⁵ Z. B. *J. F. Malblank*, Abhandlungen aus dem Reichsstädtischen Staatsrechte (Erlangen 1793); im folgenden zitiert: *Malblank*, Abhandlungen.

und Militärkraft der Städte zu verwehren. Zugleich war sie aber Ausdruck des genannten Grundrechtsdenkens. Klar formuliert wurde das wiederum in der Emder Revolution von 1595: Der bereits erwähnte Katalog von Verstößen gegen die stadtbürgerliche „Grundordnung“, mit dem die Emder Propaganda den Grafen zum Tyrannen stempelte, nennt an zweiter Stelle seine Versuche, die Bürger „ihrer Güter zu berauben“¹⁶.

2. Spiegelbildlich zu den Freiheitsrechten eines jeden Bürgers stand im städtischen Verfassungsdenken die Vorstellung von der im Bürgereid fundierten *Teilhabe aller an den Lasten und Pflichten* – bezogen auf Steuern und Abgaben, auf kommunale Arbeiten, etwa den Mauerbau, sowie auf den Einsatz von Gut und Blut oder von Spezialwissen und -können, etwa des Juristen oder des Arztes, bei der Verteidigung oder einer sonstigen Notlage der Stadt. Hierzu gehörte auch die Tätigkeit von Ratsherren und Bürgermeister, von denen gar mancher vor allem im diplomatischen Dienst der Stadt nicht nur Zeit und Gut zu wagen hatte. Unterschiede des Vermögens und des politischen Einflusses waren allgemein akzeptierte Grundzüge der städtischen Gesellschaftsordnung. Versuchte aber ein Bürger, sich den Pflichten zu entziehen, oder beanspruchte er gar nicht funktional seinem Dienst für die Stadt zuzuordnende, persönliche Privilegien, um sich aus dem Bürgerverband hervorzuheben, dann reagierten seine Mitbürger unerbittlich hart. Hartmut Boockmann hat das jüngst am Schicksal von Peter Eigen alias von Argun im mittelalterlichen Augsburg gezeigt¹⁷. Ähnliche Vorfälle ließen sich aus norddeutschen Städten des 16. und frühen 17. Jahrhunderts berichten.

Das stadtbürgerliche Politik- und Gesellschaftsmodell wurde von diesem Prinzip her geradezu definiert und von anderen, außerbürgerlichen Ordnungsvorstellungen abgesetzt: Die Bürger forderten mit wachsender Aggressivität von allen Gruppen, die innerhalb der Stadt, aber außerhalb des Bürgerverbandes lebten, die Anerkennung des Grundsatzes unterschiedloser Mitbeteiligung an den städtischen Lasten und Pflichten. Im Mittelalter war das eine nie versiegende Quelle des Antiklerikalismus in den deutschen Städten. Und die reformatorischen Bürgerbewegungen zielten nicht zuletzt auf die Beseitigung eben dieser Sonderstellung der mittelalterlichen Kirche ab; auf die Umformung des Klerikers zum Pfarrer-Bürger, der es nicht mehr als Standesprivileg reklamierte, von den städtischen Lasten befreit zu sein. Im weiteren Verlauf des

¹⁶ *Emder Apologie*, 97. Weitere Beispiele für Steuerkonflikte zwischen Städten bzw. Bürgerschaften und Landesherren: *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 156 ff., 226 ff.; *Spieß*, Geschichte, 105 ff., 144 ff.; *Johannes Schildbauer*, Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte II, Weimar 1959) 15–20; im folgenden zitiert: *Schildbauer*, Auseinandersetzungen; *Herbert Langer*, Stralsund 1600–1630 (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte IX, Weimar 1970) 178 ff., 180 ff., 200 ff.; im folgenden zitiert: *Langer*, Stralsund; *Horst Heuer*, Lüneburg im 16. und 17. Jahrhundert und seine Eingliederung in den Fürstenstaat (phil. Diss., Hamburg 1969) 68–71; im folgenden zitiert: *Heuer*, Lüneburg; *Ebbrecht*, Hanse, 80 ff.

¹⁷ *Hartmut Boockmann*, Spätmittelalterliche deutsche Stadt-Tyrannen, in: *Blätter für Deutsche Landesgeschichte* 119 (1983) 73–91, hier 78 ff.

16. Jahrhunderts ging es immer häufiger darum, die nämliche Forderung gegenüber den landesherrlichen Beamten durchzusetzen, die es vorzogen, in den alten urbanen Zentren zu wohnen, aber aufgrund ihrer dienstlichen Stellung Steuerbefreiung forderten. In zahlreichen Städten entzündete sich an dieser Frage eine Grundsatzkonfrontation zwischen gemeindlich-genossenschaftlichen und fürstlich-herrschaftlichen Ordnungsvorstellungen¹⁸. Und wo man – wie im zweiten Teil noch eigens zu erörtern ist – dieses Prinzip gleichmäßiger Beteiligung an den Lasten des politischen Verbandes ins Territorium überträgt und den Adel einbezieht, dort scheint mir das Tor hin zum neuzeitlichen Republikanismus mehr als einen Spalt breit geöffnet.

So ist es wohl kein Zufall, daß die Vertreter der städtischen Interessen gerade in den Diskussionen um die Beteiligung außerbürgerlicher Gruppen an den städtischen Lasten auch die Selbstbezeichnung der Städte als „*Res publicae*“ in einer Weise herausstellen, die unmißverständlich auf die spezifische Verfaßtheit des urbanen Gemeinwesens abhebt: So etwa 1530 in Hamburg dem Domkapitel gegenüber, daß „de pfaffen wolten da wonen, und nichts dar zu thun“, während „Rat und Burger sullen zu lande und wasser ir leff und gudt pro *Repubblica* wagen“. Ähnlich 1602 in Münster, als die Jesuiten sich belehren lassen mußten, daß ein von ihnen unternommener Versuch, den für alle Stadtbewohner gleichen Rechtsweg zu umgehen, sich „in libera *Repubblica* nit gburen wollte“¹⁹.

3. Einen dritten Kernbestand der stadtbürgerlichen Ordnungsvorstellungen machten die politischen *Partizipationsforderungen* aus. Im Gegensatz zu den Freiheitsrechten waren sie nicht auf das Individuum, sondern auf die Bürgergemeinde als genossenschaftlichem Schwurverband bezogen. Die Stadtgeschichtsschreibung hat diese politische Partizipation stets gebührend gewürdigt – im 19. Jahrhundert meist als vermeintlich direkten Vorläufer des Konstitutionalismus, heute vor allem im Zusammenhang mit der Erforschung bürgerlicher Aufstandsbewegungen²⁰. Wir haben zu erwägen, inwieweit dieser gemeindlich-genossenschaftliche Partizipationsanspruch Bausteine für eine republikanische Theorie zur Verfügung stellte.

¹⁸ Ausführlich belegt bei Schilling, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, u.a. 266 ff., 271 ff., ders., Wandlungs- und Differenzierungsprozesse innerhalb der bürgerlichen Oberschichten West- und Nordwestdeutschlands im 16. Jahrhundert, in: Marian Biskup und Klaus Zernack (Hrsg.), Schichtung und Entwicklung der Gesellschaft in Polen und Deutschland im 16. und 17. Jahrhundert. Parallelen, Verknüpfungen, Vergleiche (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 74, Wiesbaden 1983) 121–173, v.a. 148–154; fortan zitiert: Schilling, Differenzierungsprozesse; vgl. auch Brandis, Hildesheim, 169 f. (1580).

¹⁹ Staatsarchiv Hamburg, Senat C I I, Lit. 06 No. 3, Fas. 2 fol. 94; zu den Umständen vgl. Rainer Postel, Obrigkeitsdenken und Reformation in Hamburg, in: Archiv für Reformationsgeschichte 70 (1979) 169–200, hier 193. – Stadtarchiv Münster AII, 20 RP, vol 34 Pol. 140 zum 17.5.1602. (Ich danke den zuständigen Beamten beider Archive für die freundliche Überlassung von Kopien).

²⁰ Zum wissenschaftsgeschichtlichen Hintergrund vgl. K. Schreiner, „Kommunebewegung und Zunftrevolution“. Zur Gegenwart der mittelalterlichen Stadt im historisch-politischen Denken des 19. Jahrhunderts, in: Staatsverfassung – Verfassungsstaat – Pressepolitik. Festschrift für E. Naujoks, hrsg. v. F. Quarthal und W. Setzler (Sigmaringen 1980) 139–168; sowie Luise Schorn-Schütte, Stadt und Staat. Zum Zusammenhang von Gegenwartsverständnis und historischer Er-

Ein Beispiel, das zugleich den Zusammenhang mit dem eben skizzierten Besitzrecht belegt, soll veranschaulichen, worum es geht: Als 1531 in Hildesheim die Durchsicht der Finanzregistratur eine Reihe von Unklarheiten über die Verwendung der Gelder zutage förderte, weigerten sich die regulären Gilde- und Bürgerschaftsvertreter, die Angelegenheit weiter mit dem Rat zu behandeln. Denn – so zitiert sie Joachim Brandis in seinem Tagebuch – „es wäre eine wichtige Sache, die der gemeinen Stadt ankäme, daher wollten sie das nicht hinter dem Rücken der gemeinen Stadt beratschlagen, und forderten daher mit Nachdruck die Bürger (meinen borger) dabeizuhaben“. Obgleich es dem Rat hart („vaste“) ankam, berief er eine Bürgerversammlung ein, die die Register und Urkunden prüfte und durch die Entsendung von Burschaftsvertretern, d.h. Repräsentanten der Nachbarschaftsbezirke, auch direkt am peinlichen Verhör der Angeklagten teilnahm. Erst nachdem die „meine stat“ ihre Recherchen beendet und den Rat zusammen mit den regulären Bürgerschaftsvertretern formell beauftragt hatte, „in der Sache (weiter) vorzunehmen, was Recht wäre“, konnte der Magistrat auf einer erneuerten Legitimationsbasis wieder selbstständig handeln – nicht ohne weiterhin jederzeit bürgerlicher Kontrolle gewärtig sein zu müssen²¹.

Die von den Hildesheimer Gemeindevertretern artikulierte, vom Rat anerkannte und durch den Chronisten ohne besondere Emphase berichtete Ansicht, daß Angelegenheiten, die jeden Bürger unmittelbar berührten, „von der gesamten Stadt“ zu erörtern und nach Maßgabe der von ihr für richtig empfundenen Grundsätze vom Magistrat abzuwickeln seien, gehört in den Städten unseres Raumes zu den Grundsätzen politischer Organisation. Es lassen sich leicht Dutzende von Beispielen anführen, in denen dementsprechend verfahren wurde – meist auf Verlangen der Bürgerschaft, nicht selten aber auch in kluger Voraussicht durch den Rat selbst²². In den Fällen, in denen der Bürgerschaft das Mitentscheidungsrecht in einer ihr wichtigen Angelegen-

kenntnis in der Stadtgeschichtsschreibung der Jahrhundertwende, in: *Die Alte Stadt* 10 (1983) 228–266, jeweils mit ausführlichem Verzeichnis der älteren Literatur. Zur neueren Aufstandsforschung vgl. unter Anm. 24.

²¹ Brandis, Hildesheim, 14f.

²² Zu Braunschweig vgl. *Spieß*, Geschichte, 31 ff., 167 ff., 221 ff.; *Jörg Walter*, Rat und Bürgerhauptleute in Braunschweig 1576–1604 (Braunschweig 1971) u. a. 47 ff.; im folgenden zitiert: *Walter*, Rat und Bürgerhauptleute. *Schilling*, Politische Elite, 249 ff., 259 ff., 273 ff., 296; vgl. *Heuer*, Lüneburg, 77, 105/106; *Schilling*, Aachen, u. a. 190–194; *Jochmann/Loose*, Hamburg, 132, 271 ff., 283; *Bolland*, Senat und Bürgerschaft, 5 ff.; *Langer*, Stralsund, 180–190, 192 ff., 205–207. – Zur Institution der Bursprake vgl. *J. Hoppe*, Das Bürgerbuch der Stadt Lemgo von 1506–1866 (Detmold 1981) XI; *Bolland*, Senat und Bürgerschaft, 6; *Jochmann/Loose*, Hamburg, 120; *Schildbauer*, Auseinandersetzungen, 26. – Strittig war, ob die Bürgerschaft sich auch eigenmächtig versammeln durfte. In Braunschweig bestand ein formelles Selbstversammlungsverbot, das im entscheidenden Augenblick aber nichts nutzte (*Schilling*, Politische Elite, 259). In Hamburg bestand der Rat auf dem Verbot von extraordinären Deputationen, weil sie dem Interesse der Republik zuwider seien: *N. A. Westphalen*, Geschichte der Haupt-Grundgesetze der Hamburgischen Verfassung, Bd. I (Hamburg 1844) 207.

heit verweigert wurde, suchte sie es sich fast regelmäßig durch einen Aufstand zu sichern. Im Selbstverständnis der Bürger war das keine Rebellion, sondern Wahrnehmung eines politischen Rechtes im Rahmen der „Stadtconstitution“, die die Magistrate gebrochen hatten²³.

Diese Bürgeraufstände sind für unseren theoriegeschichtlichen Zusammenhang besonders aufschlußreich, weil sich hier das gemeindlich-genossenschaftliche Bewußtsein am klarsten artikuliert, und zwar nicht zuletzt im Vollzug des politischen Handelns. Ungeachtet großer Unterschiede bei den Anlässen und im historischen Umfeld folgten diese Aufstände offensichtlich einem generellen Verlaufsmuster, das bestimmte Handlungen einschloß²⁴. Historiker im Umkreis der Annales-Schule beschreiben diese Verlaufsmuster gerne als „öffentliche Rituale“. Zumindest für den deutschen Bereich ist darüber hinaus aber vor allem der *rechtssymbolische* Inhalt dieser Handlungen zu beachten. Es erscheint mir nicht zu gewagt, das diesen Bürgeraufständen zugrunde liegende politische Selbstverständnis dahingehend zu deuten, daß die Bürger so handelten, als wären sie und die Stadt durch den „Verfassungsbruch“ des Rates in den *gemeindlich-genossenschaftlichen* „*Urzustand*“ zurückversetzt worden. In ihm galt unbeschränkt, was im alltäglichen Politikvollzug und durch die neu aufkommenden Obrigkeitsvorstellungen in normalen Zeiten verloren zu gehen drohte, daß nämlich „der convent ... über dem Abt“ ist²⁵, wie es der Führer eines solchen Aufstan-

²³ Ausführlich diskutiert bei *Schilling*, Aufstandsbewegungen, hier 230–236.

²⁴ Dies systematisch herausgearbeitet zu haben, ist im wesentlichen das Verdienst des Münsteraner Stadthistorikers Wilfried Ebbrecht, vgl. vor allem *Wilfried Ebbrecht*, Bürgertum und Obrigkeit in den hansischen Städten des Spätmittelalters, in: *W. Rausch* (Hrsg.), Die Stadt am Ausgang des Mittelalters (Linz 1974) 275–312, v.a. 278–280; im folgenden zitiert: *Ebbrecht*, Bürgertum und Obrigkeit; *ders.*, Zu Ordnung und Selbstverständnis städtischer Gesellschaft im späten Mittelalter, in: *Blätter für Deutsche Landesgeschichte* 110 (1974) 83–103, 97 ff.; im folgenden zitiert: *Ebbrecht*, Ordnung; *ders.*, Hanse und spätmittelalterliche Bürgerkämpfe in Niedersachsen und Westfalen, in: *Niedersächsisches Jahrbuch f. Landesgeschichte* 48 (1976) 77–105, hier: 83; im folgenden zitiert: *Ebbrecht*, Hanse. Weitere Beobachtungen bei *Reinhard Barth*, Argumentation und Selbstverständnis der Bürgeropposition in Städtischen Auseinandersetzungen des Spätmittelalters, Lübeck 1404–1408 – Braunschweig 1374–1376 – Mainz 1444–1446 – Köln 1396–1400 (Kollektive Einstellungen und sozialer Wandel im Mittelalter 3, Köln, Wien 1974); *E. Maschke*, Deutsche Städte am Ausgang des Mittelalters, in: *W. Rausch* (Hrsg.), Die Stadt am Ausgang des Mittelalters (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 3, Linz/Donau 1974) 1–44. – Zu entsprechenden frühneuzeitlichen Erscheinungen: *Schilling*, Aachen; *ders.*, Aufstandsbewegungen; *ders.*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, v.a. 139–144, 73–97, 252–259; *Christopher R. Friedrichs*, „Citizens or Subjects?“ Urban Conflict in Early Modern Germany, in: *M. Usher Christman* und *O. Gründler* (Hrsg.), Social Groups and Religious Ideas in the Sixteenth Century (Kalamazoo 1978) 46–58; *ders.*, German Town Revolts and the Seventeenth-Century Crisis, in: *Renaissance and Modern Studies* 26 (1982) 27–51; im folgenden zitiert: *Chr. R. Friedrichs*, German Town Revolts. (Chr. R. Friedrichs bereitet gegenwärtig ein Buch zu den frühneuzeitlichen Stadtunruhen in Deutschland vor.) – Wo nicht anders vermerkt, basieren die folgenden Ausführungen auf der in dieser Anmerkung genannten Literatur.

²⁵ *Schilling*, Aachen, 226.

des einmal prägnant formulierte, wobei er offensichtlich auf die Bildwelt des Konziliarismus zurückgriff. Die politische Gewalt lag während dieses Urzustandes wieder bei der Gemeinde. Ja, indem die Bürger – häufig auf Glockengeläute hin – „wehrender Hand“, d. h. bewaffnet, auf dem Marktplatz zusammenliefen und sich gegenseitig einen Eid schworen, konstituierte sich die bürgerliche Gemeinde neu im Wehr- und Schwurverband. Er berief gemeindlich-genossenschaftliche Vertretungsorgane: die fast für jeden Aufstand belegten „*Bürgerausschüsse*“, die im Namen der Bürgergemeinde handelten, vor allem indem sie in Verhandlungen eintraten mit dem Magistrat, dem Landesherrn oder dem Kaiser. Wie am eingangs angeführten Hildesheimer Beispiel ersichtlich, wurde der „genossenschaftliche Urzustand“ schließlich dadurch beendet, daß die Bürgergemeinde die ordentliche Magistratsgewalt auf einer erneuerten Legitimationsbasis befestigte oder restituierte. Dabei konnte sie das Regiment ganz oder teilweise in die Hand neuer Männer legen.

Neben der Erledigung der konkreten Beschwerdepunkte war es das entscheidende Ziel solcher Bürgeraufstände, die Magistrate an den Willen der Bürgergemeinde zurückzubinden. Das war zum einen ein Bewußtseinsproblem, insofern es darum ging, den Ratsherren und ihren Beamten – zumal den Ratschreibern und Syndizi – den gemeindlich-genossenschaftlichen Ursprung ihrer Gewalt vor Augen zu stellen²⁶. In den westfälischen und niedersächsischen sowie in den Küstenstädten – in Reichsstädten ebenso wie in Landstädten – sind die Bürger darüber hinaus bereits früh daran gegangen, den gemeindlichen Mitbestimmungsanspruch institutionell zu verankern. So entstand ein Verfassungstypus, der durch einen gleichsam „zweistämmigen“ Aufbau der städtischen Regierungsinstitutionen die genossenschaftliche Partizipation institutionell absicherte. Das läßt sich an einer Organisationsskizze der Lemgoer und Münsteraner Ratsverfassung veranschaulichen²⁷:

²⁶ Vgl. besonders *Schilling*, Aachen, 196f., 200 mit Anm. 82.

²⁷ Organisationsschema Lemgo übernommen aus *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 87; Organisationsskizze Münster unter Verwendung entsprechender Schaubilder in: „Die Wiedertäufer in Münster“, Katalog einer Ausstellung im Stadtmuseum 1.10.1982 – 30.1.1983, 107, und „Münster 800–1800, 1000 Jahre Geschichte der Stadt“, Stadtmuseum Münster 21. Sept. 1984 – 30. Juni 1985, 59. Die Skizzen geben nur die im vorliegenden Zusammenhang interessierenden innerstädtischen Institutionen wider. Landesherrliche Organe, wie der Stadtrichter, wurden ausgeklammert. – Derselbe Verfassungstypus findet sich auch in Reichsstädten, vgl. etwa *G. Luntowski/N. Reimann* (Hrsg.), Dortmund – 1100 Jahre Stadtgeschichte (Dortmund 1982) 180.

Lemgoer Ratsverfassung laut Regimentsnottel von 1491

Neben dem eigentlichen Ratsgremium, das sich in der Regel aus einem jährlich altnierend regierenden und ruhenden Rat zusammensetzte, standen gemeindlich bürgerliche Vertretungsgremien, teils des Gildebürgertums, teils der „Gemeinheit“ – d. h. unter Einschluß der nicht zünftisch organisierten Bürger –, teils der Nachbarschaftsverbände. Im Unterschied zu den italienischen Verhältnissen, wie sie im Beitrag von Professor Bertelli beschrieben werden²⁸, waren in den norddeutschen Städten die „clan-Strukturen“ nie besonders stark ausgeprägt. Stattdessen traten die Nachbar-

²⁸ Vgl. den Beitrag von Sergio Bertelli im vorliegenden Sammelband.

Ratsverfassung der Stadt Münster

schaftsverbände bereits früh als Mitträger öffentlicher Gewalt auf²⁹. Sie und die anderen gemeindlich-genossenschaftlichen Personalverbände gaben hier dem städtischen Regiment einen spezifisch politischen Charakter.

Besonders stark entfaltet und mit weitreichenden Kompetenzen versehen war der gemeindlich-bürgerliche Ast in der westfälischen Bischofsstadt Münster. Wir greifen hier eine Extremform gemeindlicher Beteiligung, insofern die Bürgergemeinde über die Laischaften und ihre Wahlmänner an der alljährlichen Ratswahl beteiligt war, während sonst zumindest auf der Seite des Ratsastes die Kooptation die Regel war und auch die Gemeindevertreter nur selten direkt von der Bürgerschaft gewählt wurden.

²⁹ Vgl. *Burckhard Scheper*, Frühe bürgerliche Institutionen nordwestdeutscher Hansestädte (Köln 1975); *ders.*, Über Ratsgewalt und Gemeinde in nordwestdeutschen Hansestädten des Mittelalters, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 49 (1977) 87–108; *Johannes Schultze*, Die Stadtviertel. Ein städtegeschichtliches Problem, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 92 (1956) 18–39; *Klaus Schwarz*, Kompanien, Kirchspiele und Konvente in Bremen 1605–1814 (Bremen 1969).

In normalen Zeiten brachte auch das Münsteraner Wahlverfahren einen oligarchischen Rat hervor. Wie die Ereignisse zwischen 1525 und 1533 belegen, bot die Münsteraner Verfassung jedoch den gemeindlich-genossenschaftlichen Grundströmungen, wenn sie einmal Raum gegriffen hatten, einen leichteren und rascheren Zugang zum Rat, als das bei der sonst üblichen Ratsbesetzung mittels Kooptation der Fall war³⁰. Die wenigen Städte unseres Raumes, die zu Ende des Mittelalters keine ausgebildeten und permanenten Gemeindevertretungsorgane besaßen, haben sie im Verlaufe der Reformation ausgebildet³¹. Am bekanntesten ist das Beispiel des Hamburger Oberaltenkollegiums. Eine ganz späte Phase dieser Verfassungsentwicklung repräsentiert Emden, wo sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein Bürgerausschuß bildete, der 1595 die „Revolution“ gegen den landesherrlichen Magistrat organisierte und dann als Vierziger Kollegium nach Art der oben beschriebenen mittelalterlichen Organe als permanente Gemeindevertretung neben den nun bürgerlichen Rat trat.

Die konkreten Anlässe sowie die politischen und rechtlichen Materien, für die die Bürgerbeteiligung gefordert wurde, waren unterschiedlich – am häufigsten handelte es sich um Finanzfragen, daneben um Bauangelegenheiten, um die auswärtige Politik, vor allem um militärische Unternehmungen und Bündnisschlüsse, und natürlich auch um grundsätzliche Veränderungen in den „Stadtkonstitutionen“, etwa den Zusammenschluß von bislang rechtlich und politisch selbständigen Stadtteilen³². Einen festen Kanon gab es nicht, so daß immer neue Gegenstandsbereiche ins Zentrum des bürgerlichen Partizipationswillens rücken konnten.

Vom Auftreten Luthers bis zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges standen die Religion und der Konfessionsstand im Vordergrund. Das ist uns aus der stadtschichtlichen Reformationsforschung der letzten Jahrzehnte bestens vertraut, und zwar inzwischen nicht nur für die süddeutschen Reichsstädte, sondern auch für die west- und norddeutschen, abgeschwächt sogar für einige ostdeutsche Städte. Doch

³⁰ Aufgezeigt bei *Schilling*, Aufstandsbewegungen. Über Konstanz und Wandel in der sozialen Zusammensetzung des politischen Führungskreises detailliert *Schilling*, Politische Elite; *ders.*, Wandlungs- und Differenzierungsprozesse.

³¹ Beschrieben bei *Schilling*, Politische Elite, 294–302 (Hamburg, Lippstadt, Emden, Göttingen), mit weiterführender Literatur. Dazu auch *Olaf Mörke*, Rat und Bürger in der Reformation. Soziale Gruppen und kirchlicher Wandel in den welfischen Hansestädten Lüneburg, Braunschweig und Göttingen (Veröffentlichungen des Instituts f. Historische Landesforschung der Universität Göttingen 19, Hildesheim 1983) im folgenden zitiert: *Mörke*, Rat und Bürger. Hamburg: *Rainer Postel*, Die Reformation in Hamburg (wie Anm. 8).

³² Beispiele: *Meyn*, Frankfurt, 35–94 (Privilegien, Finanzen u. a.); *Schilling*, Aachen, 196, 197 (Außenpolitik, Finanzen); *Brandis*, Hildesheim, 53, 200 (Außenpolitik, Vereinigung von Alt- und Neustadt); *Walter*, Bürgerhauptleute, Braunschweig, 76 f. (Statuten der Stadt); *Jochmann/Loose*, Hamburg, 220 ff. (Außenpolitik, Finanzen); *Mörke*, Rat und Bürger, 65–75 (Lüneburg, Finanzen, Außenpolitik); *Langer*, Stralsund, 169, 171, 184, 195 (Finanzen, Visitation der Kirchengüter, Genossenschaftliche Nutzungsrechte); *Ebbrecht*, Hanse, 83–89 (Finanzen, Magdeburg; Außenpolitik, Osnabrück); *Ebbrecht*, Bürgertum und Obrigkeit, 278–280 (Gerichtbarkeit, Braunschweig u. Köln; Gewerbehoheit, Lübeck; Finanzen, Lübeck, Bremen, Braunschweig, Hamburg); *Ebbrecht*, Ordnung, 97 (Außenpolitik, Erfurt), 98 (Besetzung des Rates: Magdeburg), 100 ff. (Finanzen, Augsburg, Braunschweig, Lübeck, Nordhausen, Köln).

nicht nur in der engeren Reformationsphase kam es durch Bürgerbewegungen, Bürgerausschüsse, Bürgervollversammlungen und öffentliche Disputationen zu einer erhöhten Partizipation der Bürgergemeinden³³. Auch in späteren Jahrzehnten erhoben die Bürger immer wieder den Anspruch, der Konfessionsstand der Stadt könne nicht ohne ihre Zustimmung verändert werden – in einer breiten Welle während der Interimskrise und dann noch einmal in den Jahrzehnten auf der Wende zum 17. Jahrhundert, als die Landesherrn darangingen, die vielen bislang autonomen Stadtkirchen ihrer Landeskirche zu unterstellen³⁴. Auch die bereits wiederholt angesprochene „Emder Revolution“ gehört in dieses Umfeld. Denn der calvinistischen Bürgergemeinde ging es um die religiöse Selbstbehauptung gegenüber einem lutherischen Landesherrn, der „sie ... ihrer Religion ... berauben“ wollte, wie der dritte und letzte Punkt des städtischen Tyrannenkataloges lautete³⁵. – Aufgrund der Verkopplung von Konfessionalisierung und territorialer Staatsbildung war das zugleich eine frühe Phase im Ringen zwischen frühabsolutistischem Fürstenstaat und alteuropäischer Stadtautonomie. Darauf ist im nächsten Teil einzugehen.

Die verbreitete Ansicht, das gemeindlich-genossenschaftliche Bürgerpathos sei im 16. Jahrhundert erloschen – womöglich gar an der lutherischen Reformation – ist demnach falsch. Hier hat die auf Ernst Troeltsch zurückgehende einprägsame Gegenüberstellung von „Pathos der Freiheit“, im westeuropäischen Calvinismus aufbrechend, und „Pathos des Gehorsam“, vom deutschen Luthertum befördert, viel Verwirrung gestiftet. Die Vorstellung, die süddeutsche Stadtreformation sei reformiert-zwinglisch, und daher gemeindlich, die norddeutsche Stadtreformation dagegen obrigkeitlich, weil lutherisch, geprägt gewesen, hat sich nachgerade zu einem zähklebrigen Klischee verfestigt. Demgegenüber zeigt die historische Realität, daß in den deutschen Städten auch das Luthertum bis weit ins 17. Jahrhundert hinein vom Pathos der „Freiheit“ getrieben wurde, allerdings der genossenschaftlich bestimmten Freiheit. Doch das gilt für reformierte oder calvinistische Städte in gleicher Weise: Selbst die „Emder Revolution“, die als größte Tat des Calvinismus auf deutschem Boden gilt, war städtisch-genossenschaftlich, nicht modern-freiheitlich geprägt.

Innerhalb dieses genossenschaftlichen Rahmens ist der Anspruch der Bürgergemeinden auf politische Partizipation bis zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges

³³ Hier muß der globale Hinweis auf die zahlreichen Untersuchungen zum Thema „Stadt und Reformation“ genügen. Zum Nordwestraum ausführlich auch die oben Anm. 2 genannten Untersuchungen. Speziell zu den Disputationen: Bernd Moeller, Zwingli Disputation. Studien zu den Anfängen der Kirchenbildung und des Synodalwesens im Protestantismus, I. Teil in: Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte, kanonistische Abteilung 56, 87 (1979) 275–324; II. Teil in: Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte, kanonistische Abteilung 60, 91 (1974) 213–364; Scheib, Otto, Die Reformationsdiskussion in der Hansestadt Hamburg 1522–1528. Zur Struktur und Problematik der Religionsgespräche (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte 112, Münster 1976).

³⁴ Ausführliche Fallstudie: J. Regula, Die kirchlichen Selbstständigkeitsbestrebungen der Städte Göttingen, Nordheim, Hannover und Hameln in den Jahren 1584–1601, in: Zeitschrift d. Gesellschaft f. niedersächsische Kirchengeschichte 22 (1917) 123–152; im folgenden zitiert: Regula, Selbstständigkeitsbestrebungen.

³⁵ Emden Apologie, 97.

nicht zurückgegangen. Er hat sich vielmehr weiterhin profiliert artikuliert, und zwar eher mit steigendem als mit abnehmendem Pathos. Diese Spätphase des stadtbürgerlichen Partizipationsanspruches ist in der deutschen Stadtgeschichtsforschung wie in der allgemeinen Geschichtswissenschaft immer wieder übersehen worden, weil man auch an diesem Punkt die Geschichte der Sieger schrieb, d. h. des aufsteigenden Territorialstaates. Natürlich ist dessen realgeschichtlicher Erfolg ebenso unbestreitbar wie die Überlegenheit des Rechtsinstrumentariums und der Staatstheorie, die er gegen die Städte ins Feld führte. Seine Ansprüche blieben aber nicht unwidersprochen. Im Gegenteil: als Reaktion auf diese obrigkeitlich-absolutistische Offensive setzte in den Jahrzehnten vor dem großen Krieg geradezu eine Renaissance des gemeindlich-genossenschaftlichen Denkens des Stadtbürgertums ein. Und es waren die Städte des hier behandelten niederdeutschen Raumes, die sie am energischsten und am längsten verfochten – eine Folge der Tatsache, daß hier wirtschaftlich starke und politisch autonome Städte, die nie die Reichsfreiheit besessen hatten und sie in der Regel auch nicht anstrebten, sich mittleren bis kleinen Landesherren gegenüber sahen, deren finanzielle und militärische Machtbasis häufig bis ins 17. Jahrhundert hinein schmaler war als diejenige ihrer Städte.

Wir sehen in diesem Ringen meist nur die Auseinandersetzung zwischen frühmodernem Territorialstaat und alteuropäischer Stadtfreiheit. Die von der Offensive des Territorialstaates provozierte Renaissance des gemeindlich-genossenschaftlichen Denkens bedeutete aber zugleich einen neuen Höhepunkt im innerstädtischen Partizipationsanspruch der Bürgergemeinden und ihres Widerstandes gegen die obrigkeitlichen Tendenzen beider Stadträte. Das läßt sich am Beispiel der bedeutenden Welfenstädte Lüneburg und Braunschweig sowie der großen Hafenstadt Stralsund ebenso zeigen wie bei Mittelstädten wie Lemgo und Paderborn oder Kleinstädten wie Höxter³⁶. Von Sonderentwicklungen abgesehen, war das für diese Landstädte aber in der Regel zugleich ein Endpunkt, insofern mit der letztlich nicht verhinderbaren Integration in den Territorialstaat das Verhältnis zwischen Stadtrat und Bürgergemeinde nach neuen Prinzipien geregelt wurde. Zudem lassen sich in dieser landstädtischen Diskussion keine grundlegend neuen Argumente für den bürgerlichen Partizipationsanspruch erkennen.

Anders verhielt es sich bei den *Reichsstädten*. Hier war es unerläßlich, das Verhältnis zwischen Stadtrat und Bürgerschaft einer grundsätzlichen Klärung zuzuführen. Denn die neue Souveränitätslehre kam nicht von außen, vom Territorialstaat her ins Spiel. Sie war vielmehr von unmittelbarer Relevanz für die rechtliche und theoretische Bestimmung der inneren Stadtverfassung. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts kam es daher in einer ganzen Reihe von Reichsstädten unseres Raumes zur grundsätzlichen Konfrontation zwischen ratsherrlichem Obrigkeits- und gemeindlichem Partizipationsanspruch – so in Köln und Aachen, hier in der zeittypischen Koppelung mit der Konfessionalisierung, sowie in Frankfurt und Hamburg, wo das nicht minder signifikante

³⁶ Vgl. *Mörke*, Rat und Bürger, 251 ff.; *Horst Heuer*, Lüneburg, 105 ff.; *Langer*, Stralsund, 180 ff.; *Schilling*, Aachen, 176 f. mit Anm. 2.

Minderheitenproblem eine auslösende Rolle spielte, oder auch – in weniger spektakulären Umständen – in Lübeck und Dortmund³⁷. Die damit ausgelöste reichsstädtische Verfassungsdiskussion hielt teilweise bis ins 18. Jahrhundert an, so daß ich an dieser Stelle einen kurzen Blick über den mir gesetzten zeitlichen Rahmen hinaus werfen muß. Was die Bürger des 15. und 16. Jahrhunderts ohne theoretische Reflexion in einem pragmatischen Politikverständnis von Fall zu Fall handelnd demonstriert hatten, fand nun Niederschlag in voluminösen Deduktionen. Dabei mußte sich auch die Argumentation zwangsläufig verändern. Denn der Partizipationsanspruch der reichsstädtischen Bürgerschaft stand in einem anderen historisch-politischen Bedingungsfeld als die genossenschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Bürgergemeinden in den ländlichen Städten und den Reichsstädten des 15. und 16. Jahrhunderts. Darüber hinaus hatte er sich gegenüber neuen staatsrechtlichen und verfassungstheoretischen Argumenten zu behaupten.

In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, daß für die Reichsstädte ähnlich wie für die Landstädte das 16. und die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts eine Wendemarke bedeuteten: Ein politischer und ökonomischer Differenzierungsschub führte dazu, daß nach 1650 nur noch ein knappes Dutzend unter ihnen reales politisches Gewicht besaßen³⁸. In unserem Raum waren das vor allem Frankfurt und Hamburg, in zweiter Linie auch Aachen, Lübeck und Köln. Die dort geführten politiktheoretischen Diskussionen können daher eine besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Otto Brunner, der die frühneuzeitlichen Kontroversen innerhalb der Reichsstädte sozial- und verfassungsgeschichtlich ausführlich gewürdigt hat³⁹, stützte sich insbesondere auf Hamburger Quellen. Für unsere Fragestellung ist eine Episode im Streit um die 1618 anstehende Verlängerung des Ansiedlungsvertrages mit der portugiesischen Judengemeinde aufschlußreich: Nachdem es bereits zuvor aus unterschiedlichen Anlässen zur Konfrontation zwischen einem gesteigerten, erstmals das Gottesgnadentum beanspruchenden Obrigkeitsbewußtsein des Hamburger Rates und dem nicht minder entschieden vertretenen Mitbestimmungsverlangen der Bürgergemeinde gekommen war, verlangte nun ein Bürgerschaftsführer eine schriftliche Auskunft des Rates „de statu huius reipublicae, an sit aristocraticus, an democraticus“. Bürgermeister Vincent Molter, ein in Rechts- und Verfassungsfragen bewandeter Jurist, wies diese Alternative als unnützes scholastisches Gezänk zurück. Denn in den Städten sei heutzutage kein wohlbestalltes Regiment eine reine Aristokratie oder eine reine Demokratie: Es be-

³⁷ Zu Bürgerunruhen in Reichsstädten zu Beginn des 17. Jahrhunderts vgl. Köln – *Revolutionen in Köln 1074–1918*, Katalog zur Ausstellung im Historischen Archiv der Stadt Köln 25. April – 13. Juli 1973, bearb. v. T. Diederich (Köln 1973) 58; zu Aachen vgl. *Schilling*, Aachen, v. a. 191 ff.; zu Frankfurt vgl. *Meyn*, Frankfurt; zu Hamburg vgl. *Jochmann/Loose*, Hamburg, 220 ff.; zu Lübeck vgl. *Asch*, Rat und Bürgerschaft, 56–59, 92 ff.

³⁸ 1667 sah Samuel Pufendorf nur noch für eine Handvoll Reichsstädte gute Aussichten, ihre Unabhängigkeit zu bewahren (*De statu Imperii Germanici*, Kap. 2, § 13).

³⁹ *Otto Brunner*, Souveränitätsproblem und Sozialstruktur in den deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit, in: *ders.*, *Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte* (Göttingen 1968) 315–77.

ruhe vielmehr auf einer Mischverfassung⁴⁰. Das war eine politiktheoretische Bestimmung reichsstädtischer Verfassung, die sich in eben jenen Jahren auch andernorts anbahnte. So etwa in Aachen, wo der katholische Rat während der Konfrontation mit der protestantischen Bürgeropposition „die gantze Respublica“ definierte als „Rat und Gemeinde“⁴¹, oder in Danzig, dessen Regiment Mitte des 17. Jahrhunderts als „aristokratisch, wiewohl mit der Democratia temperirt“ beschrieben wurde⁴².

Auf dem sich damit abzeichnenden Weg und nicht mittels der extremen Von-Gottes-Gnaden-Theorie, wie sie zu Beginn des 17. Jahrhunderts in dem erwähnten Hamburger Verfassungsstreit von der rigid obrigkeitlichen Ratsfraktion formuliert worden war⁴³, wurde schließlich reichsweit eine allgemein anerkannte Lösung des reichsstädtischen Verfassungsproblems gefunden. In den beiden großen Reichs- und Hansestädten des Westens, in Hamburg und mehr noch in Lübeck, war allerdings noch das gesamte 17. Jahrhundert gekennzeichnet durch harte Auseinandersetzungen sowie durch zugespitzt antagonistische Formulierungen der bürgerlichen wie der ratsherrlichen Grundsatzpositionen. Der traditionell „herrschaftsbewußte“ Lübecker Rat tat sich besonders schwer, diesen Kompromiß anzuerkennen. Ausgehend von einer rigid obrigkeitlichen Deutung des Bürgereides durch den Magistrat wurden auch in Lübeck in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts, also zeitlich parallel zu den Hamburger Ereignissen, heftige Verfassungsdiskussionen ausgetragen⁴⁴. Der Rat warf den Bürgerausschüssen vor, den „status aristocraticus in democratiam“ umstürzen zu wollen, während die Bürger sich als Verteidiger des „status aristocraticus et liberae Reipublicae“ verstanden, den sie im Sinne der Mischverfassung auslegten. *Expressis verbis* sprachen

⁴⁰ Ereignisse: *Jochmann/Loose*, Hamburg, 270; die juristischen und politiktheoretischen Zusammenhänge: *Brunner*, Souveränitätsproblem, 314 ff.; Quellenzitate nach *H. Reincke*, Große Hamburger Juristen aus fünf Jahrhunderten (Veröffentlichungen d. Gesellschaft Hamburger Juristen 1, Hamburg 1954) hier 20 f.; im folgenden zitiert: *Reincke*, Große Hamburger Juristen, vgl. auch *F. Voigt*, Bedenken der Oberalten gegen Sätze im zweiten Teil der Origines Hamburgenses Petri Lambecii, 1661, in: Mitteilungen des Vereins f. Hamburgische Geschichte 35 (1915) 213–219, hier: 216.

⁴¹ In Beantwortung der protestantischen Gravamina argumentierte der kath. Rat, seine Politik sei rechtmäßig, da sie auf dem kaiserlichen Urteil von 1598 basiere, dem „die gantze Respublica, ein Rath unnd die gemeinde“ zugestimmt habe (Stadtarchiv Aachen, Akten betr. Religionsunruhen fol 197 r). Die Definition erfolgte also eher en passant in einem Nebensatz. Die Verfassungsfrage wurde in Aachen von der Konfessionsfrage überlagert.

⁴² So M. Zeiller, *Topographia Prussiae et Pommereliae* (1652), zitiert nach *Peter Baumgart* (Hrsg.), Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen. Ergebnisse einer internationalen Fachtagung (= Veröffentlichungen d. Hist. Kommission zu Berlin 55, Berlin, New York 1983) 144. – Ähnlich: *Langer*, Stralsund, 197. Auf die breite akademische Tradition der Respublica-mixta-Lehre ist im vorliegenden Zusammenhang nicht einzugehen.

⁴³ „Wann schon eine Auericheit gottlos, tyrannisch und gitzig iß, so gehoret dennoch den Underdahnenn nicht, dat se sick darjegen uplehnen und thowedder setten, sundern schölen datsulve vелеmehr vor ene straffe des Allmechtigen erkennen, so de Underdahnenn mit eren Sünden vorwircket hebbenn“, zitiert nach *Reincke*, Große Hamburger Juristen, 20. Vgl. auch *N. A. Westphalen*, Geschichte der Hauptgrundgesetze der Hamburgischen Verfassung, Bd. I (Hamburg 1844) 158–187, Streit um den Ratseid 1602/03, v. a. 165, 175 ff.; fortan zitiert: *Westphalen*, Hamburgische Verfassung.

⁴⁴ Ausführlich *Asch*, Rat und Bürgerschaft, 83 ff.

die Lübecker Zünfte dann in den erneuten, besonders heftigen Verfassungskämpfen der 1660er Jahre von einer „aristocratico-democratice mixta Respublica“. In die Lübecker Politikdiskussionen scheinen bereits früh Elemente der modernen Politiktheorie Eingang gefunden zu haben, und zwar sowohl der Bodinsche Souveränitätsbegriff als auch die Lehre der Monarchomachen, vor allem Johannes Althusius, über die Herkunft der Staatsgewalt vom Volk⁴⁵.

Schließlich wurde aber auch hier der Ausgleich gefunden. In Hamburg wurde er sogar grundgesetzmäßig fixiert, und zwar im ersten Artikel des Haupttrezesses von 1712: „Das Kyron oder das höchste Recht und Gewalt“, so heißt es dort, bestehe „bey Einem Edlen Rath und der Erbgessesenen Bürgerschaft inseparabili nexu conjunctim und zusammen, nicht aber bey einem oder andern Theil privative“⁴⁶. Anders als es in der hamburgischen Lokalgeschichte gerne dargestellt wird, ist dieser Artikel keineswegs Ausdruck eines spezifisch hansestädtischen oder gar „hanseatischen“ Republikanismus. Er liegt vielmehr ganz auf der Linie reichsstädtischer Verfassungstheorie, die im 18. Jahrhundert generell galt.

Will man den Stellenwert abschätzen, den dieser Stadtrepublikanismus innerhalb der deutschen Geschichte besaß, ist zu bedenken, daß er die im 17. Jahrhundert weiter verfestigte Trennung zwischen Reichs- und Landstadt voraussetzt. Dagegen waren die gemeindlich-genossenschaftlichen Bürgerbewegungen des späten Mittelalters und der beginnenden Neuzeit, um die es uns im vorliegenden Zusammenhang in erster Linie geht, gerade dadurch charakterisiert, daß sie hinsichtlich der innerstädtischen Politikordnung keinen Unterschied zwischen Reichs- und Nicht-Reichsstädten machten.

Zu beachten ist weiterhin, daß in der späteren Frühen Neuzeit die inneren Konflikte und die mit ihnen verbundenen politiktheoretischen Debatten innerhalb der Reichsstädte, und zwar gerade auch in den nord- und nordwestdeutschen, enger zurückgebunden waren an die Reichspolitik und das Reichsverfassungsrecht als im späten Mittelalter. In den Streitigkeiten zwischen Rat und Bürgerschaft wurden nicht von ungefähr regelmäßig kaiserliche Kommissionen tätig. Auch der Hamburger Haupttrezess von 1712 ist so entstanden. Die Rolle, die solche Reichskommissionen sowie der Kaiser allgemein in der reichsstädtischen Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts gespielt haben, wäre einmal zusammenfassend zu untersuchen, gerade auch unter dem verfassungs- und politiktheoretischen Aspekt. Jedenfalls war es zu Ende des Alten Reiches eine communis opinio der Reichspublizistik, daß „Landeshoheit und Reichs-

⁴⁵ So jedenfalls *Asch*, Rat und Bürgerschaft, 139 ff. Ich vermochte dies im vorliegenden Kontext nicht nachzuprüfen. Das Eindringen moderner politik-theoretischer Vorstellungen, insbesondere auch des modernen Freiheitsdenkens, in die deutschen Städte bedarf einer eigenen Untersuchung, die alle Belege nochmals genau sichten und interpretieren müßte. Vgl. dazu auch unten Teil II.

⁴⁶ Unwiderrufliches Fundamental-Gesetz-Regimentsform oder Haupttrezess der Stadt Hamburg ... mit einer Einleitung, hrsg. v. *Ludwig v. Hess* (Hamburg 1781) – Ereignisse bei: *Jochmann/Loose*, Hamburg 269 ff. Vgl. auch *Bolland*, Senat und Bürgerschaft, 17; *Westphalen*, Hamburgische Verfassung.

standschaft einem Reichsstädtischen Magistrat auch in einer Aristokratischen Verfassung nicht als ein eigenes Recht zustehe, sondern vielmehr auf der ganzen Gemeinheit und Bürgerschaft hafte“⁴⁷.

4. Die genossenschaftlichen Bürgerbewegungen des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit haben kein egalitäres Programm vertreten. Hier liegt ein qualitativer Unterschied zum modernen Republikanismus seit der französischen Revolution. Das darf gerade dann nicht verschwiegen werden, wenn es – wie im vorliegenden Zusammenhang – darum geht, alteuropäische Strukturen und Denktraditionen in neuer, entwicklungsgeschichtlicher Perspektive zu behandeln. Über die beschriebene *normative* Rückbindung des Rates an die Bürgergemeinde und die *Ergänzung* ratsherrlicher durch gemeindliche Organe hinaus haben in dem hier untersuchten Zeitraum Zunftbürgertum und Gemeinheit keine modern demokratischen Forderungen auf direkte oder indirekte, repräsentative Machtausübung durch die Bürgerschaft gestellt. Es gehörte wesensmäßig zu dem im vorigen Paragraphen beschriebenen gemeindlich-genossenschaftlichen Ordnungsverständnis, daß der „genossenschaftliche Urzustand“ des Bügераufstandes transitorisch war. Die Rückgabe der Regierungsgewalt an den Rat stand nie prinzipiell in Frage; häufig wurde sie ihm auch während der Aufstände nicht ganz aus der Hand genommen. Sozialökonomisch gesehen war das Ausdruck des Abkömmlichkeitsprinzips.

Die beschriebenen gemeindlich-genossenschaftlichen Ordnungsvorstellungen vertrugen sich somit ohne Widerspruch mit der Existenz einer oligarchischen Ratselite, ja setzen diese geradezu voraus. Die „libera Respublica“, wie sie die Lübecker Zünfte auf der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert verteidigten, konnte und sollte zugleich einen „status aristocraticus“ besitzen⁴⁸. Allerdings, und das ist für den vorliegenden Fragezusammenhang wichtig, sowohl die Bürgerschaft als auch die Mitglieder der Ratselite selbst stellten an die Rekrutierung und den Charakter dieser städtischen Politikelite spezifische Anforderungen: Sie mußte für Neuaufsteiger *offen* sein – zumindest relativ; und sie mußte von *Kollegialität* und *Egalität* geprägt sein. Die permanente Herrschaft einer Gruppe oder gar einer Einzelperson über den Rest der politischen Elite widersprach dem Politikverständnis des deutschen Stadtbürgertums diametral.

Die *soziale Offenheit* variierte von Ort zu Ort bzw. von Städtelandschaft zu Städtelandschaft, aber auch innerhalb der Zeit erheblich. Es kam immer wieder zu Phasen beschleunigten sozialen Wandels innerhalb der Politikelite, zu Eliteschüben. In unserem Beobachtungsraum und darüber hinaus im Reich allgemein, war die politische Elite im späten 15. und im 16. Jahrhundert offener als in der späten Frühneuzeit⁴⁹. In diesen Phasen verstärkten sozialen Wandels gewann in der Rekrutierung der stadtbür-

⁴⁷ Malblank, Abhandlungen, 38.

⁴⁸ Vgl. oben Anm. 44.

⁴⁹ Ausführlich mit Belegen Schilling, Politische Elite; ders., Differenzierungsprozesse; ders., Vergleichende Betrachtungen zur frühneuzeitlichen Geschichte der bürgerlichen Eliten in Nordwestdeutschland und in den Niederlanden, in: H. Diederiks und H. Schilling (Hrsg.), Bürgerliche Eliten in den Niederlanden und in Nordwestdeutschland. Wandlungs- und Differenzierungsvorgänge vom 15. bis zum 20. Jahrhundert (Köln und Wien 1985) 1–32.

gerlichen Politikelite neben der sonst herrschenden Geburtsqualifikation die Leistungsqualifikation an Bedeutung. – Die *Kollegialität* des städtischen Regiments war in der Ratsverfassung selbst verankert. Zwar verlor der Rat als Kollektivorgan gerade in unserer Zeitspanne an realer politischer Macht zugunsten des Magistrates. Doch auch dort waren die Spitzenpositionen, voran die Bürgermeisterämter, stets zumindest doppelt besetzt. – Wie die Ratsoligarchien mit Argusaugen über die politische und gesellschaftliche *Egalität* innerhalb ihres Kreises achteten, davon legt das Schicksal spätmittelalterlicher Stadttyrannen beredtes Zeugnis ab⁵⁰. Aus vielen Städten – süddeutschen ebenso wie norddeutschen oder niederländischen – ist ein regelrechtes System von Reglementierungen und Verordnungen bekannt, das diese häufig von mächtigen Familien oder kraftvollen Einzelpersonen gefährdete Gleichheit innerhalb der stadtbürgerlichen Oligarchie erzwingen sollte, bis hin zu normierten Vorschriften über Beerdigungen, Epitaphien und Totenschildern⁵¹.

Die politischen Ordnungsvorstellungen des deutschen Stadtbürgertums liefen somit innerstädtisch auf ein oligarchisches Regiment hinaus, das im oben beschriebenen Sinne an den genossenschaftlichen Bürgerwillen rückgebunden war und durch gemeindliche Mitregierungsorgane ergänzt wurde. Wir sind geneigt, die aus zahlreichen sozialgeschichtlich-prosopographischen Untersuchungen quer über das Reich, ja Europa bekannte oligarchische Realität des Ratsregimentes mit modern demokratischen Augen als prinzipielle Begrenztheit der politischen Ordnung in der alteuropäischen Stadt zu betrachten. Angesichts des zumindest relativen Wertes der Leistungsqualifikation bei der Rekrutierung der städtischen Politikelite und ihrer egalitären Struktur erscheint es aber durchaus plausibel, im Vergleich zu der im frühneuzeitlichen Europa vorherrschenden monarchisch-fürstlichen Einpersonenherrschaft auf dynastischer Grundlage auch dieses oligarchische Prinzip der Städte als ein alteuropäisch-republikanisches Moment zu begreifen.

II

Ich wende mich nun der Frage zu, wie sich in den politischen Ordnungsvorstellungen des Stadtbürgertums das Verhältnis zwischen Stadt und außerstädtischen Politiksystemen darstellte. Zunächst ist das Grundmuster des stadtbürgerlichen Autonomie- und Freiheitsanspruches zu erörtern (II,1), dann die Konsequenzen, die sich für die Städte im Verlauf des 16. Jahrhunderts aus dem Vordringen des frühneuzeitlichen Territorialstaates und seines modernen Souveränitätsanspruches ergaben (II,2). Schließlich soll etwas ausführlicher auf die städtisch-bürgerliche Politiktheorie im Umkreis der sogenannten „Emder Revolution“ von 1595 eingegangen werden, weil diese gemeinhin als früheste Ausprägung eines modernen bürgerlichen Freiheitsprinzips auf deutschem Boden gilt.

⁵⁰ Boockmann, Stadt-Tyrannen (wie Anm. 17), v.a. 88 f.

⁵¹ Vgl. etwa Rainer und Trudl Wohlfel, Nürnberger Bildepitaphien. Versuch einer Fallstudie zur historischen Bildkunde, in: Zeitschrift für Historische Forschung 12 (1985) 129–180, v.a. 130, 142 f., 174 ff.

1. Um das Grundmuster des städtischen Autonomieprinzips zu erfassen, ist zeitlich zurückzulenken ins 15. und 16. Jahrhundert, als das frühneuzeitliche Reichssystem mit seiner Territorialverfassung noch im Werden begriffen und im Bewußtsein des altstädtischen Bürgertums die Unterschiede zwischen Städten reichsfreien und landsässigen Status noch nicht scharf ausgeprägt waren. Für unser Republikanismusproblem sind die Vorstellungen der Bürger über die Position der Städte innerhalb des übergreifenden politischen Ordnungsrahmens nicht weniger aufschlußreich als ihr innerstädtisches Politikverständnis. Es ist allerdings auf die harte Definition von „republikanisch“ als „antimonarchisch“ zu verzichten. Stattdessen ist das Augenmerk zu richten auf Elemente im Rechtsbewußtsein und im politischen Denken der Städte, die explizit oder implizit eine von der Welt des Adels und der Fürsten abgehobene Andersartigkeit der städtischen Politikordnung postulieren und eine Distanzierung vom aufziehenden Fürstenstaat vornehmen, somit die Stadt dem fürstlich-monarchischen Herrschaftsanspruch zu entziehen trachten.

Im Prinzip stellte sich das Problem der Distanzierung von der monarchischen Gewalt für alle Städte, gleichgültig, ob sie reichsfrei waren oder nicht. Erinnert sei an die Konflikte Aachens mit Jülich oder Wetzlars mit Hessen⁵². Zudem gaben in beiden Fällen sowohl die territorialfürstliche als auch die kaiserliche Gewalt den außerstädtischen Bezugspunkt ab, wenn auch in je unterschiedlichen politischen und rechtlichen Zusammenhängen. Aus Zeitgründen beschränke ich mich auf die Städte, die nicht die Reichsfreiheit besaßen. Sie prägten die Städtelandschaft unseres Raumes, und da in Deutschland die frühmoderne Staatsbildung in den Territorien abließ, waren sie es, die sich seit dem 15. Jahrhundert direkt und immer brennender mit dem Wesen der fürstlich-monarchischen Gewalt auseinandersetzen mußten. Auch die innerstädtischen Gegensätze können im folgenden ausgeblendet bleiben, weil die Bewahrung der Stadtfreiheit selbst im Moment innerer Konflikte zwischen Rat und Bürgerschaft in der Regel nicht strittig war.

In nahezu allen bedeutenderen Städten unseres Raumes läßt sich ein Unabhängigkeits- und Autonomiebewußtsein beobachten, das bis zum Moment der mehr oder weniger gewaltsamen Integration in den Fürstenstaat des 17. Jahrhunderts nicht an Vitalität einbüßte. Dieser städtische Freiheitsanspruch bedeutete ursprünglich keine prinzipielle Distanzierung vom Territorium im Sinne eines Strebens nach Reichsstandschaft. Ebenso wenig implizierte er die Ablehnung der Landesherrschaft, also einen prinzipiell antimonarchischen Republikanismus. Vielmehr verteidigte man von

⁵² Schilling, Aachen. Zu Wetzlar die jüngste Zusammenfassung bei Volker Press, Wetzlar – Reichsstadt und Reich im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit in: Festschrift f. Herbert Flender = Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 31 (1985) 57–101. Demnächst auch Chr. Friedrichs (vgl. Anm. 24). Ähnlich auch im Falle der Reichsstadt Goslar: Vgl. Walter Hesse, Der Haushalt der freien Reichsstadt Goslar im 17. Jahrhundert (1600–1682) (Goslar 1935) 3; Wolfram Werner, Goslar am Ende seiner reichsstädtischen Freiheit unter besonderer Berücksichtigung der Reformen von J. G. Siemens (Goslar 1967) 26. – Allgemein zum Problem K. Fritze, E. Müller-Mertens und W. Stark (Hrsg.), Autonomie, Wirtschaft und Kultur der Hansestädte (Weimar 1984 = Hansische Studien VI), v. a. der Aufsatz von Müller-Mertens; G. Vogler, Bürgertum und Staatsgewalt in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 1 (1977) 305–331.

einer traditionellen, altständischen Position aus die überkommenen Freiheiten der jeweiligen Stadt innerhalb des Territoriums. Die städtische Argumentation war dementsprechend *historisch* und *positivrechtlich* bestimmt. Bezugspunkte waren die Landesherrschaft und das Territorium mittelalterlicher Prägung: In der Gründungs- und Konsolidierungsphase des hansisch-niederdeutschen Städtewesens hatte sich die positive Erfahrung einer Interessenallianz zwischen Bürgertum und Landesherrschaft herausgebildet, einer Partnerschaft, die den Städten manche Vorteile gebracht hatte, weil sie in der Regel der überlegene Teil gewesen waren. Ohne daß die Stadtherrschaft der Landesherren je prinzipiell in Frage gestellt worden wäre, hatten die Städte Zug um Zug Hoheitsrechte an sich gebracht. Am Ausgang des Mittelalters besaßen sie daher gegenüber den Fürsten und den anderen territorialen Kräften eine starke Rechtsposition – von ihrer ökonomischen und finanziellen Überlegenheit ganz zu schweigen. Diese Entwicklung wurde zusätzlich untermauert durch die selbständige, die Territorien übergreifende Wirtschaftspolitik sowie weitgespannte Kultur- und Rechtsbeziehungen im Rahmen des Hansebundes. In der Realität, vor allem aber ihrem Selbstbewußtsein nach waren diese Hansestädte ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu einem Territorium freie, politisch weitgehend autonome Kommunen, für die die historisch-analytische Bezeichnung „Stadtrepubliken“ durchaus berechtigt erscheint.

Im einzelnen bestanden natürlich erhebliche Unterschiede in der Art und im Umfang der erworbenen Privilegien und Freiheiten ebenso wie in der Wirtschaftskraft und der politischen Macht – etwa zwischen großen Hansestädten wie Soest, Braunschweig, Lüneburg, Wismar, Stralsund oder Rostock und Mittelstädten wie Wesel, Lemgo, Göttingen und Greifswald oder gar Kleinstädten im Binnenland wie Attendorn und Brilon. Doch läßt sich im Umgang mit der Landesherrschaft und in der argumentativen Vertretung der städtischen Positionen ein für die meisten dieser Städte gültiges *Grundmuster* erkennen: Die Bürger betrachteten ihre bischöflichen oder fürstlichen Landesherren als *Vertragspartner*. In den mannigfaltigen Rechtsabsprachen, die sie im Verlaufe des Mittelalters mit ihnen getroffen hatten, sahen sie Abkommen und Vertragswerke, die nicht einseitig verändert oder gar widerrufen werden konnten. Dabei machte es keinen prinzipiellen Unterschied, ob es sich um umfassende Privilegienverleihungen handelte oder um Einzelrechte, die man bei verschiedenen Gelegenheiten erworben hatte, häufig auf dem Weg der Verpfändung oder direkt durch Kauf. Man ließ sich diese Freiheiten und Privilegien von jedem neuen Herrscher anläßlich der Erbhuldigung bestätigen, teilweise – wie etwa im Falle Braunschweig – in Form einer „schriftlichen Verpflichtung und Obligation“³³. In ihrer Gesamtheit begriff man diese Absprachen als ein Vertragswerk, das die äußeren Bezie-

³³ Ausführliche Rechtsdeduktionen anläßlich der Konflikte zwischen Stadt und Landesherrn im Anschluß an den Schmalkaldischen Krieg im Bestand Stadtarchiv Braunschweig BIII Vol 14, Zitat fol 2 (Gutachten des sächsischen Juristen Hieronymus Schurff). – Dieser wichtige Bestand wird gegenwärtig am SFB 164 Münster im Projekt C8 unter Leitung von Franz Petri ausgewertet. Ihm, seinen Mitarbeitern Frau Grüter und Ch. Schütte sowie Frau M. Leuker danke ich für freundliche Hilfen bei der Beschaffung und Bearbeitung dieses Bestandes. Zu den Ereignissen vgl. *Spieß*, Geschichte, 94 ff. – Dieses Vertragsdenken läßt sich in nahezu jeder Stadt nachweisen.

hungen der Stadt grundgesetzmäßig regelte und im eingangs beschriebenen Sinne Kernstück der Stadtverfassung war.

2. Im Zuge der frühmodernen Staatsbildung gerieten auch diese Vorstellungen und der damit verbundene Anspruch zunehmend unter Druck. Denn es widersprach der *raison d'être* der modernen Fürstengewalt, andere Gewalten im Territorium als Vertragspartner zu akzeptieren. Zudem war die Integration der urbanen Zentren für die Territorialstaaten eine politische und fiskalische Existenzfrage, und zwar nicht nur im Falle der zahlreichen Kleinterritorien. Auch in diesem außerstädtischen Kontext wurde die Besteuerungsfrage sowie vor allem die Reformation und die Konfessionalisierung zum Kardinalproblem zwischen Stadt und Territorialstaat. Ich habe das an anderer Stelle am Beispiel des Verhältnisses zwischen Lippe und Lemgo vom ausgehenden 15. bis in das frühe 17. Jahrhundert detailliert nachgezeichnet, so daß ich mich hier auf die Grundzüge beschränken kann⁵⁴.

Entscheidend für unserer Frage nach der Präsenz republikanischer Elemente in der deutschen Stadtgeschichte der frühen Neuzeit erscheint mir die Erkenntnis, daß die gesamte Epoche vom ausgehenden Mittelalter bis zum Vorabend des großen Krieges durch eine Gegenläufigkeit der Entwicklung gekennzeichnet war: Längerfristig gesehen und auf der Ebene der reichsverfassungsrechtlichen Satzungen, wurden mit der Reformation und der endgültigen reichsrechtlichen Fixierung der Territorialverfassung die Weichen für den Sieg der landesherrlichen Interpretation des Rechtsverhältnisses zwischen Stadt und Territorium gestellt. Bekanntlich war das Augsburger Gesetzeswerk von 1555 auf diesem Weg ein Markstein. Und vor allem bildete sich in der Lehre von der *superioritas territorialis* und später durch den Bodinschen Souveränitätsbegriff ein theoretisches Instrumentarium heraus, das mit dem Postulat einer einheitlichen höchsten Staatsgewalt dem traditionellen Vertragsargument des Stadtbürgertums den Boden entzog. – Gegenläufig zu dieser Entwicklung ergab sich aber infolge der in Niederdeutschland kräftig ausgeprägten Stadtreformation häufig ein aktueller Machtgewinn für die Städte sowie – darauf aufbauend – ein Anwachsen ihres Freiheits- und Unabhängigkeitsverlangens, getragen nicht zuletzt von der beschriebenen gemeindlich-genossenschaftlichen Grundströmung in den Bürgerschaften. Auch in Bezug auf das Verhältnis zu den Fürsten ist somit für das gesamte Reformations- und die ersten beiden Jahrzehnte des darauffolgenden Jahrhunderts ein ungebrochenes, ja gesteigertes Eigenständigkeitsbewußtsein der städtischen Kommunen unseres Raumes zu konstatieren.

In den Städten war man sich der Gefahren der reichsverfassungsrechtlichen Neuregelungen sowie der neuen rechtlichen und politischen Theorien vollauf bewußt. Und man hielt nach geeigneten politischen und rechtstheoretischen Gegenmaßnahmen Ausschau. Die erste in dieser Hinsicht signifikante Periode umfaßt die Interimskrise

⁵⁴ Schilling, Konfessionskonflikt und Staatsbildung. – Auch den in Anm. 53 erwähnten Konflikten zwischen der Stadt Braunschweig und Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel lagen diese Kardinalprobleme zugrunde. In der Steuerfrage ging es vor allem um das Recht des Landesherrn, städtische Meierhöfe zu belasten.

und die Augsburger Friedensverhandlungen. Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen das Interim kam es in einer Reihe von Städten zu heftigen Konfrontationen mit den Landesregierungen, die aus politischen und rechtsrechtlichen Gründen den kaiserlichen Forderungen gegenüber nachgiebiger waren und damit gegen den Widerstandswillen der protestantischen Bürgerschaften verstießen⁵⁵. Dabei ergaben sich interessante Dreiecksbeziehungen zwischen Städten, Landesherrn und Kaiser, deren realpolitische Bedeutung und verfassungsrechtliche wie politiktheoretische Implikation noch nicht hinreichend aufgearbeitet sind. Am Beispiel Braunschweigs kann man den Eindruck gewinnen, als ob die Stadt ihre bedrohte Autonomie durch den Rekurs an den Kaiser zu festigen versuchte⁵⁶. Indes lag eine Allianz zwischen Hansestädten und Kaiser, die dem Reichsoberhaupt in Norddeutschland ganz neue Perspektiven eröffnet hätte, wegen der entschiedenen katholischen Option der Habsburger nie im Bereich des Möglichen.

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen während der Interimskrise bemühten sich die norddeutschen Hansestädte 1555 während der Verhandlungen in Augsburg darum, mit einem eigenen Artikel in den Religionsfrieden aufgenommen zu werden. Das war primär eine religionspolitische Taktik, die darauf abzielte, das fürstlich-territorialstaatliche cuius-regio-eius-religio-Prinzip für die evangelischen Hansestädte unter katholischer Landesherrschaft, zumal der bischöflichen, zu unterlaufen. Die Argumentation der Hansestädte war zugleich aber auch von erheblicher verfassungsrechtlicher Tragweite und ist daher politiktheoretisch relevant. Hätten sich die Hansestädte durchgesetzt, wäre ihr Anspruch, nicht ordinäre Land-, sondern Freistädte eigenen Status' zu sein, rechtsrechtlich anerkannt worden. Das war bekanntlich nicht der Fall. Dennoch läßt sich von einem Erfolg sprechen. Wie die Verhandlungsprotokolle belegen⁵⁷, ist der Hansestadtartikel am konfessionell begründeten Widerstand König Ferdinands und der drei geistlichen Kurfürsten gescheitert. Dagegen hatten sich die weltlichen Kurfürsten die Argumentation der Städte zu eigen gemacht: In der entscheidenden Sitzung des Kurfürstenrates vom 2. September 1555 brachte der Vertreter

⁵⁵ W. D. Hauschild, Zum Kampf gegen das Interim in niederdeutschen Hansestädten, in: Zeitschrift f. Kirchengeschichte 84 (1973) 60–81. Vgl. auch F. Petri, Karl V und die Stadt im Nordwestraum während des Ringens um die politisch-kirchliche Ordnung in Deutschland, in: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte 71 (1978) 7–21; Olaf Mörke, Landstädtische Autonomie zwischen den Fronten – Göttinger Ratspolitik zwischen Bürgerbewegung, Landesherrschaft und Reichspolitik im Umfeld des Augsburger Interims, in: Wilfried Ebbrecht und Heinz Schilling (Hrsg.) Niederlande und Nordwestdeutschland im Mittelalter und in der Neuzeit, Festschrift für Franz Petri (Städteforschung A15, Köln 1983) 213–214.

⁵⁶ In dem in Anm. 53 genannten Rechtsgutachten wird darauf abgehoben, daß die Handlungsfreiheit des Herzogs der Stadt gegenüber begrenzt sei, weil er „inferior a principe, caesare scilicet“ sei. (Stadtarchiv Braunschweig BIII, 1 Vol. 14, fol 10 v, u.a.).

⁵⁷ G. Pfeiffer, Der Augsburger Religionsfrieden und die Reichstädte, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 61 (1955) 213–321, v.a. 245 ff., 257 ff. – Quelle: Wien. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Mainzer Erzkanzlerarchiv, Reichstagsakten Fz. 38 fol. 766 r–767 v, 2. September 1555 Reichskurfürstenrat, Beratungen über den Ritterschafts- und Hansestadtartikel. Im Gegensatz zu Sachsen und Brandenburg engagierte sich die Kurpfalz weniger für den Hansestadt- als für den Ritterschaftsartikel. – Ich danke der Direktion des Wiener Archivs für die rasche Übersendung von Mikrofilmaufnahmen.

Kursachsens vor, daß der Hinweis König Ferdinands auf den Einschluß der Reichsstädte in den Religionsfrieden den Hansestadtartikel nicht überflüssig mache, da „etliche (d.h. der Hansestädte) nit so eigentlich dem Reich, sondern aber einer obrigkeit unterworfen“. Das rechtfertige aber nicht ihre Unterstellung unter das *ius reformandi* der Landesherren, denn die Städte wären „nit indeterminante etlichen Herrn zugewendet und underthenig“. Die Hansestädte seien – so die stützende Argumentation Kurbrandenburgs – „den mehrn theil also geschaffen, ob wol sie einen Herrn recognoscieren, das sie dennoch ir eigen regiment haben“. Darüber hinaus, und diesem Argument legen die Fürsten ganz offensichtlich ein noch größeres Gewicht bei, sei der Artikel für einen dauerhaften Frieden unerläßlich, weil die Seestädte bekanntermaßen zur Unruhe neigten und sie sich nie und nimmer von der Augsburger Konfession weissen lassen würden, zudem von den anderen Konfessionsverwandten, d.h. den Fürsten, Unterstützung fänden. „Und also ein newer lerm von irentwegen sich erheben möchte.“

Dieser „newe lerm“ ist dann in der Tat ausgebrochen. Allerdings weitete er sich nicht mehr – wie die Kurfürsten 1555 noch für sicher ansahen – zu einem reichsweiten Religionskrieg aus. Auch in Nord- und Nordwestdeutschland bewährten sich das Reichsfriedenssystem und die Reichsterritorialverfassung, getragen von einer überkonfessionellen Fürstensolidarität. Es waren die einzelnen Fürsten, die mit voller Wucht von dem „newen lerm“ der Hansestädte getroffen wurden, als sie versuchten, gemäß dem „*cuius-regio-eius-religio*-Prinzip“ die autochthon gewachsenen reformatorischen Stadtkirchen in ihre Landeskirchen zu integrieren. Sie setzten damit an einem im konfessionellen Zeitalter neuralgischen Punkt an, um endgültig die mittelalterliche Stadtfreiheit zu brechen und die einheitliche Gebietsgewalt des frühmodernen Staates zu errichten. Gleichzeitig kam es zu nämlichen Grundsatzkonfrontationen über rein weltliche Hoheitsansprüche, etwa beim Besteuerungsrecht, der Militär- und Gerichtshoheit. Ihren Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen in den zwei Jahrzehnten vor Ausbruch des Dreißigjährigen Kriegs⁵⁸. Unverkennbar war es neben dem staatskirchenrechtlich fundierten Hoheitsanspruch zunehmend die beginnende Rezeption der Souveränitätslehre sowie der Machtstaatsidee eines Justus Lipsius, die der Argumentation auf fürstlicher Seite eine neue Schärfe verlieh. Ähnlich wie beim Verhältnis zwischen Rat und Bürgerschaft im Innern der Reichsstädte erzwang vor allem

⁵⁸ Vgl. zu dieser Aufstandswelle: *Schilling*, Aachen, 177 mit Anm. 2; *Chr. R. Friedrichs*, German Town Revolts, 40–49; *Heinz Schilling*, The European Crisis of the 1590s: The Situation in German Towns, in: *P. Clark* (Hrsg.), The European Crisis of the 1590s (London 1985) 135–156, hier: 151 ff.; Belege aus dem Ostseeraum bei: *Langer*, Stralsund, 161–166, 200, 215 f. Zu Korbach: *W. Medding*, Die Geschichte einer hessischen Stadt (Korbach 1955) 203–210. Betroffen waren folgende Städte: Emden (1595–1603), Wismar (1595–1600), Lübeck (1598–1605), Paderborn (1600–1604), Höxter (1600–1604), Schwäbisch-Hall (1601–1604), Braunschweig (1603–1604), Greifswald (1603–1618), Hamburg (1607), Donauwörth (1608–1610), Köln (1608–1614), Aachen (1609–1617), Lemgo (1612–1616), Frankfurt/Main (1612–1616), Stralsund (1613–1616), Worms (1613–1616), Wetzlar (1613–1615), Braunschweig (1613–1623), Korbach (1615–1624), Stettin (1616); dazu auch in Anklam, Kolberg und einigen kleineren mecklenburgischen und pommerischen Binnenstädten. Vgl. auch die Einzelfallstudie: *H. Bei der Wieden*, Rostock zwischen Abhängigkeit und Reichsunmittelbarkeit, in: *R. Schmidt* (Hrsg.), Pommern und Mecklenburg (Köln, Wien 1981) 111–132.

der Bodinsche Souveränitätsbegriff eine grundsätzliche staatsrechtliche Klärung der städtischen Position innerhalb der übergreifenden politischen Organisationen – sowohl des Territorialstaats als auch des Reichs.

Die Städte vertraten ihren Freiheitsstandpunkt weiterhin durchaus offensiv. So entwickelten die städtischen Juristen in der kirchenverfassungsrechtlichen Frage, die 1555 reichsrechtlich eindeutig zugunsten des Fürstenstaates entschieden worden war, die Theorie einer „sekundären Kirchenhoheit“, basierend auf gewohnheitsrechtlicher Wahrnehmung von Episkopalrechten⁵⁹. Hier wie in anderen Streitpunkten blieb man aber bei dem traditionellen Argumentationsmuster: Dem Anspruch der Landesherren auf höchste und ungeteilte Gewalt im Staat (der „Superiorität und hohen Obrigkeit“), der im Konfliktfall positives und Gewohnheitsrecht zu weichen habe, setzten die Vertreter der Städte die traditionelle *Vertragsidee* entgegen, derzufolge beide Partner durch historisches Recht gleichermaßen gebunden waren. Im Einzelfall hatte man damit durchaus Erfolg, so daß die Gültigkeit dieses Rechtsstandpunktes noch im 17. Jahrhundert erhärtet wurde durch neu abgeschlossene Rezesse, in denen Städte und Landesherren als Vertragspartner auftraten. So etwa 1615 Braunschweig und seine welfischen Landesherren oder 1617 Lemgo und die Grafen zur Lippe⁶⁰. Unter Anknüpfung an die oben erwähnten Augsburger Friedensverhandlungen bündelten die Rechtsgelehrten der Hanse diese Argumentation zu der Theorie, die norddeutschen Städte seien „civitates mixti status“ oder kurz „civitates mixtae“, denen eine Zwischenstellung zwischen Reichs- und ordinären Landstädten zukomme⁶¹.

Auf lange Sicht war mit dieser Argumentation, die einerseits die neue Territorialverfassung anerkannte, andererseits aber dieser grundsätzlich widersprechende Rechtsnormen vertrat, das Prinzip städtisch-bürgerlicher Freiheiten nicht zu behaupten: Der vertragsmäßig abgesicherte Sonderstatus einer Landstadt, wie ihn Braunschweig bis 1671, Rostock bis ins 18. und Lemgo sogar bis ins 19. Jahrhundert besaßen, wurde zur bald anachronistisch wirkenden Ausnahme. Die Regel war die Unterwerfung unter das Territorialprinzip. Damit wurde die *civitas-mixta* Theorie obsolet, weil sie auf immer weniger Städte Anwendung finden konnte. Zudem stand sie im Gegensatz zum neuzeitlichen Reichsrecht. Auf rationale Eindeutigkeit angelegt und an der im 16. Jahrhundert endgültig zum Sieg gelangten Territorialverfassung des Reiches orientiert, kannte dieses nur Reichs- und Landstädte. Die größeren landsässigen Hansestädte, die wie Rostock, Stralsund, Osnabrück und Münster noch Mitte des 17. Jahr-

⁵⁹ Schilling, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 118 mit Anm. 209; 295–303; 315f. – *Regula*, Selbstständigkeitsbestrebungen, 123–152. Vgl. auch Langer, Stralsund, 200 ff.

⁶⁰ Zu Braunschweig vgl. *Querfurth*, Unterwerfung, 24; *Spieß*, Geschichte, 175 ff.; zu Lemgo: *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 352 ff. Vgl. auch Langer, Stralsund, 204 (Erbvertrag vom 11.7.1615). Langer interpretiert das Verhältnis zwischen Stadt und Landesherrschaft im Kontext marxistischer Klassenanalyse. An politiktheoretischen Fragen ist er nicht interessiert.

⁶¹ Vgl. *W. Ebel*, Die Hanse in der deutschen Staatsrechtliteratur des 17. und 18. Jahrhunderts, in: HansGBII 65/66 (1940–41) 145–169; *F. Frensdorff*, Das Reich und die Hansestädte, in: Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte, germanistische Abteilung 20 (1899) 115–163; *G. Fink*, Die rechtliche Stellung der deutschen Hanse in der Zeit ihres Niedergangs, in: HansGBII 61 (1936) 122–137: Einige weitere Beobachtungen bei *Schilling*, Konfessionskonflikte und Hansestädtische Freiheiten, v. a. 50 ff.; 57 ff.

hundert eine offensive Freiheitspolitik verfolgten, paßten sich an diese veränderten Macht- und Rechtsverhältnisse an. Konsequenz, wenn auch erfolglos, strebten sie jetzt nach dem klar fixierten Status einer Reichsstadt⁶².

3. Vom Autonomiemodell der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städte führte somit kein direkter Weg zum Bürgerrepublikanismus der Neuzeit. Dieser Befund ist zum einen sicherlich eine Folge des durch den Dreißigjährigen Krieg besiegelten Verlustes an eigenständiger Wirtschafts- und Finanzdynamik bei den kleineren und mittleren Hansestädten. Nicht minder wichtig war aber die Tatsache, daß die stadtbürgerliche Freiheitstheorie durch die neuzeitliche Territorialverfassung des Reiches sowie durch die im Souveränitätsbegriff konzentrierte Staatstheorie der frühmodernen Fürstenstaaten gleichsam aus den Angeln gehoben worden war. Die Städte hatten dem nichts Adäquates entgegenzustellen. Zwar beriefen sie sich immer wieder auf die „iura naturalia defensionis“⁶³. Damit blieben sie aber innerhalb ihres traditionellen Argumentationsrahmens. So weit ich sehe, haben sie durchgehend darauf verzichtet, sich der neuen monarchomachisch-naturrechtlichen Politiktheorie zu bedienen, die man seit dem letzten Drittel des 16. Jahrhunderts vor allem in Westeuropa in direkter Antwort auf die Staatstheorie des Fürsten- und Machtstaates entwickelte⁶⁴.

Es scheint allerdings eine gravierende Ausnahme zu geben, der ich mich anschließend kurz zuwende: Die Politikdiskussion im Umkreis der sogenannten „*Emder Revolution*“ von 1595, der jüngst die ähnlich gelagerte, weil im Ausstrahlungsgebiet der calvinistischen Hochschule Herborn ausgetragene Opposition der Stadt Korbach gegen den Grafen von Waldeck zur Seite gestellt wurde⁶⁵.

⁶² Zum Reichstadtstreben der Städte Eger, Erfurt, Magdeburg, München, Münster, Osnabrück, Rostock, Stralsund, Hamburg vgl. *Acte Pacis Westphalicae*, Serie III, Abt. A, Protokolle, Bd. 6: Die Beratungen der Städtekurie Osnabrück 1645–1649, bearb. v. *Günter Buchstab* (Münster 1981) XL; sowie weitere Einzelbelege in den Akten, die über das Register unter den betreffenden Städtenamen zu erschließen sind; dazu die Darstellung von *dems.*, Reichsstädte, Städtekurie und Westfälischer Friedenskonkreß (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neuren Geschichte e.V. 12, Münster 1981).

⁶³ Beispiele aus der Mitte des 16. Jahrhunderts in den oben Anm. 53 genannten Rechtsdeduktionen im Konflikt Stadt Braunschweig gegen Braunschweig-Wolfenbüttel (v.a. fol 5v) Beispiele aus dem frühen 17. Jahrhundert: *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 302f.

⁶⁴ Wohl verstanden, diese Ansage bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Nicht-Reichsstädten und Territorialstaat. Im Gegensatz zu den Reichsstädten (vgl. oben Anm. 45) scheint hier die neue Politiktheorie bei den innerstädtischen Konflikten nicht aufgenommen worden zu sein. So *Walter*, Rat und Bürgerhauptleute, 53.

⁶⁵ Hierzu ausführlicher *Schilling*, Calvinismus und Freiheitsrechte. *H. Schmidt*, Politische Geschichte Ostfrieslands (Leer 1975); *Menno Smid*, Ostfriesische Kirchengeschichte (Leer 1974), *H. Wiemann*, Die Grundlagen der landständischen Verfassung Ostfrieslands. Die Verträge von 1595 bis 1611 (Aurich 1974) im folgenden zitiert: *Wiemann*, Grundlagen; *ders.*, Materialien zur Geschichte der ostfriesischen Landschaft (Aurich 1982), im folgenden zitiert: *Wiemann*, Materialien; *Heinz Schilling*, Reformation und Bürgerfreiheit. Emdens Weg zur calvinistischen Stadtrepublik, in: Stadt und Kirche im 16. Jahrhundert, hrsg. v. *Bernd Moeller* (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 84, Gütersloh 1978) 128–161, im folgenden zitiert: *Schilling*, Reformation und Bürgerfreiheit. Ich behalte den eingeführten Begriff „*Emder Revolution*“ bei, obgleich die nachfolgende Analyse politiktheoretischer Überlegungen wenig revolutionäres Gedankengut

Ohne Zweifel brachten die Emdener Ereignisse, auf die wir bereits mehrmals im Zusammenhang mit den innerstädtischen Ordnungsvorstellungen des Stadtbürgertums hingewiesen haben, auf der Wende zum 17. Jahrhundert unter all den zahlreichen Konflikten zwischen Städten und frühmodernem Fürstenstaat dem städtischen Freiheitsprinzip den durchschlagendsten und spektakulärsten Erfolg. In einer Hamburger Dissertation wurde 1950 die These entwickelt, der „geistige Hintergrund“ der Emdener Revolution sei bestimmt worden durch eine Politisierung des Emdener Calvinismus, in deren Verlauf der bedeutende Prädikant Menso Alting den Schritt von einem hierokratisch zu einem vorwiegend politisch begründeten Widerstandsrecht vollzogen habe, sowie durch das damit einhergehende Vordringen neuer naturrechtlicher Gedankengänge, namentlich in der Vertragslehre und im Widerstandsrecht. Es war – so der Autor Ulrich Wangerin – „der Weg des Calvinismus in Westeuropa, der an dieser einen Stelle auf deutschem Boden mitgemacht wird!“⁶⁶. Demnach basierte die 1595 erstrittene und in den nächsten Jahrzehnten systematisch ausgebaut städtische Freiheit im Falle Emdens im wesentlichen auf einer Politiktheorie, die von außen an die Stadt herangetragen wurde und für die sich innerhalb des Reiches keine Anknüpfungspunkte fanden, jedenfalls nicht im Rahmen der städtischen Politiktradition. Wäre diese Einordnung korrekt, brauchten wir uns an dieser Stelle mit der „Emdener Revolution“ nicht zu beschäftigen, geht es uns doch um Elemente autochthonen republikanischen Denkens beim deutschen Stadtbürgertum. Dasselbe gilt für die der Emdener Politiktheorie zur Seite gestellte Argumentation Korbachs gegenüber den Grafen von Waldeck, die nach den Darstellungen Gerhard Menks maßgeblich geprägt wurde durch das Staats- und Rechtsdenken der nahegelegenen calvinistischen Hohen Schule zu Herborn.

Ohne die Rolle der calvinistisch-monarchomachischen Politiktheorie und der Verbindungen Altings in die Niederlande, in die Pfalz sowie zu den Wetterauer Grafschaften, vor allem nach Nassau, oder die in Emden nicht weniger als in Korbach spürbare Ausstrahlungskraft Herborns prinzipiell in Frage stellen zu wollen, erscheint es mir notwendig, das politische Denken der Emdener wie der Korbacher anzubinden an die im vorhergehenden beschriebene Linie des gemeindlich-genossenschaftlichen Denkens des deutschen Stadtbürgertums. Ich konzentriere mich auf die ostfriesische Hafenstadt, meine aber, daß diese Rückkoppelung sich für Korbach noch eindeutiger aufweisen ließe, weil in dieser alten Hansestadt im Gegensatz zu Emden die skizzierte Freiheits- und Rechts- bzw. Privilegientradition voll entfaltet war.

zutage fördert. Immerhin kam es zu einem radikalen Verfassungsbruch. – *Gerhard Menk*, Rechtliche und Staatstheoretische Aspekte im Waldeckischen Herrschaftskonflikt 1588–1624, in: *Geschichtsblätter für Waldeck* 72 (1984) 45–74.

⁶⁶ *U. Wangerin*, Der geistige Hintergrund der Auseinandersetzung Emdens und der ostfriesischen Stände mit der Grafschaft zur Zeit der Emdener Revolution 1595 (phil. Diss., Hamburg 1950, maschinenschriftlich) 181. (Ich zitiere nach dem 2. Exemplar, das in der Seitenzahl vom 1. Exemplar abweicht!); im folgenden zitiert: *Wangerin*, Geistiger Hintergrund. – Diese Arbeit ist nicht frei von Fehlern und Fehlteilen. Die Emdener Vorgänge bedürften dringend einer neuen Bearbeitung, die namentlich die theoriegeschichtlichen Zusammenhänge sorgfältig erforschen sollte.

Ich habe an anderer Stelle detailliert beschrieben, wie sich in Emden, dessen urbane Qualität zu Ende des Mittelalters noch relativ gering war, im Verlaufe des 16. Jahrhunderts parallel zu einem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung und befördert durch die Reformation sowie einen kräftigen Exulantenzustrom aus den Niederlanden ein starkes bürgerliches Selbstbewußtsein herausbildete und wie schließlich Schritt für Schritt bürgerliche Selbstvertretungsgremien aufgebaut wurden⁶⁷. Der logische Abschluß waren der 1595 vollzogene Sturz des gräflichen Regierungskollegiums und der Übergang des städtischen Regiments an einen im vollen Sinne bürgerlichen Stadtrat. Daß mit diesem Ringen die Konstitution einer eigenen Stadtkirche einherging, war in keiner Weise exzeptionell, sondern lag ganz auf der oben markierten Linie einer Kopplung von Reformation und städtischen Freiheitsbewegungen. Lediglich das konfessionelle Vorzeichen war ein anderes – dort das Luthertum, hier der Calvinismus. Diese rasante Verfassungsentwicklung war Ausdruck der Tatsache, daß mit den rasch anwachsenden Wirtschaftskontakten zu den alten Hansestädten sowie der Ansiedlung von Exulanten aus den entfalteten niederländischen Städtelandschaften von Groningen über Friesland und Holland hin nach Brabant und Flandern auch die politischen Ordnungsvorstellungen des alteuropäischen Stadtbürgertums in Emden Eingang fanden bzw. maßgeblich gestärkt wurden.

Die Emder Ereignisse einschließlich der politischen und rechtlichen Argumentation, mit der sie legitimiert wurden, sind direkt der in den vorangehenden Abschnitten beschriebenen gemeindlich-genossenschaftlichen Reaktion des „langen 16. Jahrhunderts“ zuzurechnen. Wichtig ist dabei, daß hier offensichtlich gleichgerichtete Strömungen aus dem deutschen Hanseraum und den niederländischen Provinzen aufeinandertrafen. Aussagen über eine vorherrschende Richtung der Beeinflussung des stadtbürgerlichen Politikdenkens zwischen den Niederlanden und Deutschland lassen sich gerade an diesem Punkt direkter Berührung und intensivsten Austausches zwischen diesen beiden Räumen nicht machen.

Zugleich mit dem Aufbau einer städtisch-bürgerlichen Ordnung im Innern ging es um die Gewinnung der städtischen Autonomie nach außen, dem Landesherrn und dem Territorialstaat gegenüber. Auch das lag ganz auf der im niederdeutschen Raum üblichen Linie städtischer „Außenpolitik“. Emden mußte zunächst ganz schlicht etwas nachholen, was die alten urbanen Zentren bereits vor Jahrhunderten errungen hatten. Auch in der politischen Strategie und der sie legitimierenden politischen Argumentation schlug man vertraute Bahnen ein: Wie das mittelalterliche Hansestadtbürgertum sicherte man sich in Rezessen und Verträgen, die man mit dem Landesherrn abschloß, Schritt für Schritt Freiheitsrechte und Privilegien, die in ihrer Gesamtheit die positivrechtliche Grundlage städtischer Verfassung abgaben und dementsprechend grundgesetzmäßig eingefordert wurden. Und es war eben dieses im späten Mittelalter und im

⁶⁷ Schilling, Reformation und Bürgerfreiheit (Anm. 65) – Neuere Untersuchungen: Christian Lamschus, Emden unter der Herrschaft der Cirksena. Studien zur Herrschaftsstruktur der ostfriesischen Residenzstadt 1470–1527 (Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen 23, Hildesheim 1984); B. Kappelhoff, Die Reformation in Emden, in: Emder Jahrbuch 57 (1977) 64–143 u. 58 (1978) 22–67.

16. Jahrhundert allenthalben nachweisbare „Verfassungs-“ und Rechtsdenken des Stadtbürgertums, das 1595 die Opposition gegen den vertragsbrüchigen Landesherrn legitimierte. Monarchomachischer und sonstiger naturrechtlicher Anstöße bedurfte es dazu nicht, jedenfalls nicht als notwendige Voraussetzung. Diese läßt sich mit der Rede belegen, die Emmius in der Apologie dem Bürgerführer Gerhard Bolardus in den Mund legt⁶⁸. Und auch Menso Alting argumentiert ganz auf dieser stadtbürgerlichen Linie, wenn er in einem Brief an seinen Baseler Kollegen Johann Jakob Grynäus den Aufstand beschreibt als legales Vorgehen der Bürgerschaft gegen die vom Grafen in Gang gesetzte willkürliche Veränderung der städtischen „Verfassung“ in kirchlichen und weltlichen Fragen („ut pro libidine sua omnia sacra et prophania tam in urbe quam in agro mutare praesumeret“)⁶⁹. Daß der Prädikant Alting eine maßgebliche Rolle bei der Vorbereitung des Bürgeraufstandes spielte, entspricht ebenfalls dem aus anderen Städten der Reformationsepoche und des konfessionellen Zeitalters vertrauten Bild.

Und schließlich endete die Emdener Revolution auch nicht anders als etwa die Aufstände Lemgos gegen den Grafen zur Lippe oder Braunschweigs gegen die welfischen Herzöge – nämlich mit dem Delfzijler Vergleich von 1595 und den Landeskondakaten von 1599, mit neuen verfassungsmäßigen und positivrechtlichen Setzungen also, die wieder verfassungsmäßige Verhältnisse herstellten⁷⁰. Nicht anders als Braunschweig und Lemgo richtete Emden fortan die Hauptstoßrichtung seiner Außenpolitik darauf, diesen neuen Rechtszustand machtpolitisch abzusichern⁷¹. Ebenso wie jene nahm es dabei die Hilfe der Generalstaaten in Anspruch, die für die See- und Grenzstadt natürlich effektiver war als für die beiden Binnenstädte. Emden hatte jetzt den Status erreicht, den andere Städte seit langem selbstverständlich in Anspruch nahmen: Nachdem der Graf noch am Tage der Revolution gemeint hatte, den Emdern befehlen zu können, sich „deß Titels Reipublicae hinfuro zu endthalten“, unterschrieb der Stadtsekretär Caspar Moller wenige Monate später den Delfzijler Vertrag als Vertreter „Reipublicae Emdanae“⁷². Mit dieser Selbstbezeichnung, die in den großen alten Land-

⁶⁸ *Emder Apologie*, 95–98.

⁶⁹ Brief vom 16. März 1596, benutzt in einer Abschrift von H. Klugkist Hesses im Archiv der reformierten Gemeinde Wuppertal. Vgl. auch *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 183 f.

⁷⁰ *Wiemann*, Grundlagen (Darstellung und Abdruck der Verträge).

⁷¹ So selbst *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 138.

⁷² Brief des Grafen vom 18.3.1595, Staatsarchiv Aurich Rep 4, BIV,e, 187, fol.; vgl. dazu auch *H. de Buhr*, Die Entwicklung der Stadt Emden in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts (phil. Diss., Hamburg 1967) 121. – Abdruck des Delfzijler Vertrages bei *Wiemann*, Grundlagen, dort 136. Der Titel „Respublica Emdana“ und die Abkürzung S. P. Q. E. wurden fortan von der Stadt Emden offiziell geführt, vgl. etwa Stadtarchiv Emden, I Registratur XVII, 740 (Requisitoriales; Promotoriales et Intercessionales in Prozeß-Sachen), zum 16.3.1596: „Nos Consules et Magistratus Reipublicae Emdanae in Frisia orientali.“ Im Rahmen der Ständekämpfe zu Anfang des 18. Jahrhunderts kam es zwischen der Landesherrschaft und der Stadt auch erneut zu einem Konflikt über diesen Titel, vgl. Stadtarchiv Emden MS 105, Brief Georg Albrechts vom 29. Sept. 1716 in dieser Sache; Bibliothek der Großen Kirche in Emden, Katalog, Juridica Nr. 488, anonyme Schrift von 1728, in der Emdens Status als „libera Respublica“ nachgewiesen wird.

und Hansestädten im 16. Jahrhundert üblich war⁷³, war die ostfriesische Landstadt, die noch ein Jahrhundert zuvor stärker verwurzelt war in den genossenschaftlichen Traditionen der friesischen Landgemeinden als in denjenigen der mittelalterlichen Städte, neu eingetreten in den Kreis der „*civitates mixtae*“, die innerhalb ihrer jeweiligen Territorien eine politische und rechtliche Sonderstellung reklamierten. Rechts- und verfassungsgeschichtlich sowie hinsichtlich des dahinter stehenden politischen Denkbildes war das nichts Außergewöhnliches. Und selbst der Zeitpunkt dieser Statusverbesserung erscheint nur dem zurückschauenden Historiker spektakulär. Denn daß innerhalb der folgenden Generation Zug um Zug die Sonderstellung so großer und unabhängiger Hansestädte wie Stralsund, Lüneburg, Münster, Osnabrück und Braunschweig fallen würde, war angesichts des starken Widerstandsgeistes, den die Städte auf der Wende zum 17. Jahrhundert allenthalben zeigten, für die Zeitgenossen alles andere als sicher vorherzusehen.

Neben dieser Parallele läßt der Vergleich indes auch zwei prinzipielle Unterschiede zu den entsprechenden mittelalterlichen Vorgängen hervortreten, die sich im wesentlichen aus den veränderten Rahmenbedingungen der Frühneuzeit erklären: Die Emdener Autonomiepolitik war *erstens* aufs engste verknüpft mit dem Ringen um die Gewichtsverteilung zwischen fürstlicher und ständischer Gewalt innerhalb des frühmodernen Ständestaates. Und *zweitens* schaltete sich seit Mitte des 16. Jahrhunderts fast regelmäßig der Kaiser in die Verhandlungen zwischen Landesherrn und Stadt bzw. Ständen ein, was sich im übrigen auch andernorts bei vergleichbaren Konflikten beobachten läßt. Diese Konstellation ist insofern von grundsätzlicher Bedeutung, als im Falle Emdens die zwischen Stadt und Landesherrn abgeschlossenen Verträge von vorneherein auf die frühneuzeitliche Territorialverfassung und das damit verbundene Friedenssystem des Reiches festgelegt waren⁷⁴.

Und dieser Punkt war es dann auch, an dem zu Beginn des 17. Jahrhunderts eine grundsätzlich neue Stoßrichtung ins Spiel kommen sollte, mit der die Emdener die über-

⁷³ Aufkommen und Verbreitung der *Respublica*-Bezeichnung sowie der Abkürzung S. P. Q. X. mußten einmal systematisch für das gesamte Reichsgebiet untersucht werden. Der Beitrag von Guy Wells in diesem Sammelband trägt einige Belege für Antwerpen zusammen. In der Emden benachbarten Stadt Groningen war der Titel im 16. Jahrhundert ebenfalls üblich (vgl. etwa O. Feith, *De vervolging der Hervormden te Groningen 1566–1570*, in: *Bijdragen tot de Geschiedenis en Oudheidkunde inzonderheid van de provincie Groningen*, Bd. 8 [Groningen 1871] 241–291, hier 254f.). Desgleichen läßt er sich für Münster und Braunschweig nachweisen. Dagegen scheint die lippische Hansestadt Lemgo, die etwa gleichzeitig mit Emden einen erfolgreichen Freiheitskampf mit ihrem Landesherrn führte, einen solchen Titel nicht angenommen zu haben. (Freundliche Mitteilung von Oberarchivrat Stöwer, Lemgo.) – Sicherlich ist es richtig, daß der Titel allein nicht als Beleg republikanischer Gesinnung gelten kann. Da manche Fürsten gegen seinen Gebrauch protestierten, signalisiert er aber offensichtlich doch einen besonderen Freiheitsanspruch!

⁷⁴ Vgl. die entsprechenden Bestimmungen im Kaiserlichen Dekret vom 10. Februar 1589 sowie in den unter Mitwirkung Kaiserlicher Kommissare formulierten Landtagsbeschlüssen von 1590 und 1593, schließlich im Kaiserlichen Dekret vom 21. Januar 1595, abgedruckt bei E. R. Brenneysen, *Ost-Friesische Historie und Landes-Verfassung*, Bd. II (Aurich 1720). Zu den Ereignissen vgl. H. Schmidt *Politische Geschichte Ostfrieslands* (Leer 1975); im folgenden zitiert: Schmidt, *Politische Geschichte*; und Wiemann, *Grundlagen*.

kommene Linie städtischer Autonomiepolitik und der sie legitimierenden Freiheitstheorie verließen. Denn nach Abschluß des Konkordats von 1599 zeigte sich sehr rasch, daß die Verträge durch den geschickten gräflichen Kanzler Thomas Franzius zur Stabilisierung, ja zum Ausbau des fürstlichen Territorialstaates genutzt wurden, was auf lange Sicht die eben errungene Freiheitsposition der Stadt gefährden mußte⁷⁵. Die politischen Strategen der Emder Freiheit versuchten dem durch zwei in unserem Zusammenhang bemerkenswerte Argumentationen entgegenzusteuern: durch die historische Freiheitsmythologie des Ubbo Emmius, die sich mit naturrechtlichen Anklängen verband, und durch die Überwindung der rein positivrechtlichen Vertragstheorie und deren Ersetzung durch die naturrechtlich fundierte Vertragslehre, die positive Rechtssetzungen infrage stellte, wofern sie mit dem abstrakten Freiheitsanspruch des Bürgertums in Widerspruch standen.

In den Schriften des Historikers und Rechtsdenkers Ubbo Emmius, der sich zeitweilig als politischer Berater des „revolutionären“ Emder Rats betätigte, wurde das positivrechtliche Vertragsdenken als Grundlage städtischer Verfassungslegalität überwunden. In den Vordergrund trat stattdessen die Lehre von der friesischen Freiheit im Mittelalter, ein nur oberflächlich positivrechtlich argumentierender historischer Freiheitsmythos, der im Unterschied zu dem traditionellen, auf konkrete Rechtsabsprachen bezogenen Freiheitsanspruch der Städte dynamisierbar war, weil er unter Hinweis auf einen historischen Urzustand jeden gegebenen Ordnungsrahmen der Gegenwart prinzipiell in Frage stellen konnte.

Es vermag kaum zu erstaunen, daß gleichzeitig mit dieser historischen Freiheitsutopie vernunft- und naturrechtliche Argumente auftauchten, die das Vorgehen der Emder rechtfertigen aus der „ratio“ und der „aequitas“, den vernunftmäßigen Normen der Gerechtigkeit. Vorsichtig und kaum über die erwähnten Anklänge naturrechtlicher Argumentation in anderen Städten hinausgehend, geschieht das in zwei Briefen, in denen Ubbo Emmius dem neuen Emder Rat kurz nach Ausbruch des Aufstandes politiktheoretische Schützenhilfe leistet⁷⁶. Der eigentliche Durchbruch erfolgte – nach Wangering – jedoch erst in der im wesentlichen von Emmius stammenden Apologie, und zwar vor allem in ihrem zweiten, 1602 verfaßten Teil⁷⁷. Hatten die Emder noch wenige Jahre zuvor im Kampf um den von Graf Edzard in Frage gestellten Delfzijler-

⁷⁵ Zur Person und Rolle des Kanzlers Thomas Franzius (1591–1597) Professor an der juristischen Fakultät, vgl. *Wiemann*, Grundlagen, 43, Anm. 50; *ders.*, Materialien, 150–160. Zur Einschätzung der Konkordate: *Schmidt*, Politische Geschichte, 222 f.; *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 138 ff. Franzius verdiente eine Monographie, weil sein Wirken und seine politiktheoretischen Überlegungen ähnlich wie diejenigen des Althusius über den ostfriesischen Zusammenhang hinausweisen.

⁷⁶ Briefwechsel des *Ubbo Emmius*, hrsg. v. *Hajo Brugmans* und *Franz Wachter*, I (Aurich 1911) Nr. 39 und 40, S. 71–76. – Zu Emmius und Ostfriesland vgl. neben *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, *J. J. Boer*, *Ubbo Emmius en Oost-Friesland* (Groningen 1935).

⁷⁷ *Emder Apologie*, 335–572. Dazu *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 235 ff., wo die Vermutung geäußert wird, diese Passagen stammten nicht von Emmius selbst. Wangerins Formulierung, diese Passagen belegten, daß ein „wirklich demokratischer Zug durch Emden“ gegangen sei (244), ist sozial- wie theoriegeschichtlich gleichermaßen verfehlt. Wie im Text ausgeführt, handelte es sich um eine „radikal-genossenschaftliche“ Bewegung.

Vergleich die unbedingte Gültigkeit einmal abgeschlossener Verträge postuliert, so griffen sie nun in der Apologie die Konkordate von 1599 scharf an: Statt als „Vertrag und Vereinbarung streitender Parteyen“ seien sie zum schweren Schaden „des armen Volcks ... als ein Decret oder befehl des Herrn Grafen“ erlassen worden⁷⁸. Inhaltlich verstießen sie in „nit wenig Puncten connivendo wider die Väterliche Privilegien, freyheit und Gerechtigkeit“ der ostfriesischen Stände. Das alles liefe darauf hinaus, daß der ostfriesische Graf entgegen den friesischen Rechts- und Freiheitstraditionen seine Hoheit so steigern, daß sie derjenigen „anderer Chur- und Fürsten im Reich teutscher Nation“ gleichgestellt würde⁷⁹. Ins Prinzipielle gewendet wird dann die Vertragskritik in der Auseinandersetzung mit dem Auricher Landtagsbeschuß von 1601, der eine dem Bürgerstand nachteilige Steuerregelung beschlossen hatte. Es ergibt sich eine explizite Umkehrung der traditionellen positivrechtlichen Vertragslehre des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtbürgertums. Denn man stellt den prinzipiell bindenden Charakter einer positiven Rechtsetzung in Frage⁸⁰.

Doch selbst diese Wende war nicht ausschließlich, ja nicht einmal primär naturrechtlich bedingt. Sie ergab sich vielmehr aus einem Gemisch überkommener und neuer Rechtsgrundsätze, das die Theorie der „Emder Revolution“ *generell* charakterisiert: Neben dem abstrakten Postulat allgemeiner „Gerechtigkeit und Billigkeit“ steht der Hinweis auf Formfehler und die Ausübung von Zwang seitens des Landesherrn sowie – für unseren Zusammenhang bemerkenswert – das *radikalgenossenschaftliche* Argument, die von den Magistratsvertretern vorgenommene Unterzeichnung des Vertrages sei für die Stadt nicht bindend, weil sie ohne Wissen und Zustimmung des Bürgerverbandes erfolgt sei. Die Überwindung der positiven Vertragslehre und die dadurch ermöglichte Radikalisierung des städtischen Freiheitsanspruches war somit nicht nur eine Folge der historischen und der naturrechtlichen Wende in der Emder Theorie. Sie wurde vielmehr maßgeblich vorbereitet, ja mitgetragen von der genossenschaftlichen Politiktheorie des altständischen Bürgertums.

Die realpolitischen Konfrontationen zwischen Graf und Stadt zeigen unmißverständlich, daß es diese gemeindlich-genossenschaftlichen Denktraditionen waren, die den Kernbestand des städtisch-bürgerlichen Gegenmodells gegen das fürstliche Territorialstaatsmodell ausmachten: Bei seinem Versuch, durch eine persönliche Intervention die Stadt zur Annahme des Auricher Landtagsschlusses zu bringen, mußte Graf Enno feststellen, daß die Emder Politik im Sommer 1601 nicht vom Rat, sondern von den Vierzigern, dem Bürgerausschuß also, und einer Bürgerversammlung gemacht wurde. Diese Erfahrung konsternierte den Landesherrn aufs äußerste, offensichtlich, weil sie seinen herrschaftlich-territorialstaatlichen Ordnungsvorstellungen direkt widersprach: „Dieweil der Rath die Burger nit regieren, noch zu Gehorsamb pringen könnte, so müßte Er (d.h. der Graf) ... mittel und wege“ suchen, die „Widerspenstigen ... zu unterthenigem Gehorsamb“ zu bringen⁸¹.

⁷⁸ *Emder Apologie*, 236.

⁷⁹ *Ebd.* 238 ff.

⁸⁰ *Emder Apologie*, 395 ff. – Auslegung *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 236 ff. Zu den Ereignissen: *Schmidt*, Politische Geschichte, *Wiemann*, Grundlagen.

⁸¹ *Emder Apologie*, 394.

Diese radikal-genossenschaftlichen Denkbilder des Stadtbürgertums wurden indes dadurch in einen qualitativ neuen theoriegeschichtlichen Zusammenhang gerückt, daß die in den Emder Propagandaschriften, namentlich in der Apologie, nach vorne tretende Freiheitslehre nicht mehr auf die Stadt begrenzt war, sondern auf das Territorium abzielte. Damit sollten faktisch für Ostfriesland die reichsverfassungsgeschichtlichen Weichenstellungen für den frühmodernen Fürstenstaat rückgängig gemacht werden. Zielvorstellung war eine Ständerepublik niederländischen Musters, in der die Grafen letztlich keine wesentlich andere Rolle hätten spielen können als die Oranierstatthalter in den benachbarten Provinzen. Und auch über einen weiteren, ebenfalls an niederländische Verhältnisse erinnernden Grundzug des Emder Freiheitsmodelles erscheint kein Zweifel möglich: Ungeachtet der Einbeziehung von Adel und Bauern in eine gemeindlich-genossenschaftlich fundierte Ständerepublik ging es real um die Errichtung einer Präponderanz des Bürgerstandes, konkret der Stadt Emden. Den Verfechtern dieses Konzeptes dürften dabei eher die Verhältnisse im benachbarten Groningen als diejenigen in den anderen niederländischen Provinzen, etwa in Holland, vorgeschwebt haben. Als sich Anfang des 17. Jahrhunderts der Adel auf den Boden der Konkordate von 1599 stellte und sich auch der politische Handlungsspielraum der Bauern als zu eng erwies, trat dieser bürgerlich-städtische Zuschnitt des territorialen Freiheitsmodells immer deutlicher zutage.

Wiederum läßt sich zeigen, wie auch in die Vorstellungen über die gesellschaftliche und politische Ordnung eines gemeindlich-genossenschaftlich strukturierten Territorialstaates Zentralelemente des älteren stadtbürgerlichen Ordnungsmodelles eingegangen sind: Im Zusammenhang mit der erwähnten Ablehnung des Auricher Landtagschlusses, der auf der Basis einer weitgehenden Steuerexemption des Adels die neue Interessenkoalition zwischen dem Landesherrn und der Ritterschaft gestiftet hatte, stellt die Emder Apologie die Adelsprivilegien grundsätzlich in Frage und postuliert stattdessen den Grundsatz der Entsprechung von Lasten und Privilegien, insbesondere dem Recht auf politische Partizipation:

„Und wer honorem, die Ehr / aus einem dinge
suchet und sich zumasset / das der auch onera,
die lasten / mit auff sich nehme / Wer das
commodum oder Vorthail / genießen wil /
das er auch incommodum, oder den schaden /
mit fühlen / und also beyderseits die proportion
und gleichmessigkeit in achtung nehmen solle.
Item / Wer keine last begert zu tragen / das
der keine Macht habe andern die last beyzu-
schauben / und das er in solchen sachen / darzu
er nichts thun wil / keine Stirn haben sol.“⁸²

⁸² *Apologie*, 405. – Weitere scharf antiadlige Passagen finden sich v. a. 440 ff., u. z. hier mit deutlichen naturrechtlichen Anklängen: „Diesem ihren wahn und einbildung (nämlich die Landtage nach Gutdunken manipulieren zu können H. Sch.) wollen Wir dis gewisse tieffgegrundete fundament entgegen setzen / das auff der rechten vernunft und algemeiner erfahrung beruhet: Nemlich / das zu erhaltung der Natur und aller dingen nichts so nötig und nutze sey / als proportion

Das im ersten Teil unserer Überlegungen beschriebene Fundamentalprinzip städtischen Verfassungsdenkens erscheint hier ins Territorium verlängert. Den im mittelalterlichen Feudalsystem wurzelnden adligen Ordnungsvorstellungen, die in abgewandelter Form auch den frühmodernen Fürstenstaat mitprägten, wird das bürgerliche Prinzip gleicher Rechte und Lasten entgegengestellt. Von hierher war es nur noch ein kleiner Schritt zum prinzipiell antiadlig und antifürstlich eingestellten Republikanismus der niederländischen Regenten.

Dieser kleine Schritt wurde indes in Emden nicht vollzogen. Und auch die beschriebene radikalgenossenschaftliche Bewegung blieb auf eine kleine Gruppe innerhalb der dortigen Politikelite begrenzt. Ihre Erfolge waren zudem zeitlich befristet. Die calvinistische Stadtrepublik, wie sie sich schließlich in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts in Emden festigte, unterschied sich nicht qualitativ von den anderen autonomen Landstädten in der frühneuzeitlichen Geschichte Deutschlands. Ungeachtet vieler Sonderbedingungen, die zu Ende des 16. Jahrhunderts in der Nordwestecke des Reiches die städtische Freiheitsbewegung begünstigten, konnte sich auch hier eine im vollen Sinne republikanische Politik nicht durchsetzen. Das ist einerseits eine Folge des nur begrenzten Interesses der Generalstaaten an Ostfriesland, das eine andauernde und entschiedene Unterstützung der radikalen Partei in Emden oder gar eine Angliederung an die Union ausschloß. Zugleich ist es aber ein besonders markanter Beleg für die Stabilität des fürstenstaatlich bestimmten Reichsterritorial- und Reichsfriedenssystems der Frühneuzeit.

Emden bildete auch im weiteren Verlauf des frühen 17. Jahrhunderts einen Brennpunkt für die Geschichte des politischen Denkens. Denn von 1604 bis zu seinem Tod im Jahre 1638 wirkte dort Johannes Althusius als Ratssyndikus⁸³. Unter ihm entfaltete sich in der ostfriesischen Hafenstadt eine spezifische Politiktheorie, die dem städtischen Kontext allenfalls indirekt verbunden war und daher im vorliegenden Zusammenhang nicht eigens zu erörtern ist. Unsere Ausführungen dürften jedoch verdeutlicht haben, daß zwischen der Politiktheorie des großen Juristen und den älteren gemeindlich-genossenschaftlichen Traditionen des Stadtbürgertums, die wir analysiert haben, eine Affinität bestand.

III

Meine abschließende Zusammenfassung verknüpfe ich mit einigen Überlegungen zur Stellung des gemeindlich-genossenschaftlichen Partizipations- und Freiheitskonzeptes des deutschen Stadtbürgertums innerhalb der europäischen Geschichte des politischen Denkens.

und gleimessigkeit: und das dis mit der naturlichen Vernunft sonderlich ubereinstimme / das wer den grossten schaden traget / das demselbigen das grosste vorthail auch zu gemessen geburt. Item / dem für andern / und am meisten an eine sach gelegen / das derselbe die furnemste stim auch habe.“

⁸³ Einschlägig hierüber: *H. Antholz*, Die politische Wirksamkeit des Johannes Althusius in Emden (Aurich 1955).

1. Im Verlaufe des späten Mittelalters entwickelte das deutsche Stadtbürgertum ein Vorstellungsbündel über die der Stadt gemäße Form der politischen Ordnung im Innern und über die sich daraus ergebende Stellung der Stadt innerhalb der übergreifenden politischen Einheiten des Territoriums wie des Reiches. Dieses politische Denken war pragmatisch und positivrechtlich, nicht philosophisch und theoretisch ausgerichtet. Da es aber gemeinsame Grundzüge besaß, läßt sich von einer impliziten Politiktheorie sprechen. Der Unterschied in der reichsrechtlichen Stellung der Städte, d.h. ob es sich um Reichs- oder Landstädte handelte, spielte für diese Politiktheorie im Nord- und Nordwestdeutschen Raum zunächst keine prägende Rolle. Das stadtbürgerliche Politikmodell war somit in diesem Raum des Reiches bis weit in die Frühneuzeit hinein kaum weniger breit fundiert als in den Städtelandschaften Oberitaliens oder Flanderns und Brabants. Inhaltlich war das stadtbürgerliche „Staats- und Gesellschaftsmodell“ gemeindlich-genossenschaftlich bestimmt. Die politische Ordnung im Innern sollte von drei Grundpfeilern getragen werden – den für alle Bürger unterschiedlos gültigen *Freiheitsrechten*; der Korrelation von *Rechten und Pflichten*, d.h. der Beteiligung aller an den städtischen Lasten und der direkten Mitverantwortlichkeit eines jeden für das Funktionieren des gemeinen Besten; schließlich durch die *genossenschaftliche Partizipation* der Bürger am Regiment ihrer Stadt, die sich namentlich im Moment des „genossenschaftlichen Urzustandes“ zu bewähren hatte. Das gleiche Prinzip verfassungsmäßiger Ordnung galt auch nach außen. Stadt und Territorium, bzw. Landesherr, standen in ordentlichen Vertragsbeziehungen zueinander. Auch in diesem Verhältnis war der Magistrat nur als Vertreter der Bürgergemeinde tätig. Grundsatzentscheidungen waren von den Bürgern insgesamt zu fällen. Die Grundlagen dieser verfassungsmäßigen Beziehungen wurden vom Landesherrn und Bürgerverband anlässlich der Erbhuldigung je neu gegenseitig beschworen.

2. Die politische und ideologische Offensive der herrschaftlich-territorialstaatlichen Ordnungsprinzipien hat die städtische Politiktheorie zunächst nicht geschwächt. Als Reaktion darauf kam es vielmehr im Verlaufe des 16. Jahrhunderts zu einer Renaissance des gemeindlich-genossenschaftlichen Denkens – jedenfalls in unserem nord- und nordwestdeutschen Beobachtungsraum. Wichtige Impulse gingen von den Stadtreformationen aus sowie von der daran anschließenden konfessionellen Identifikation der Bürgergemeinden. Den Höhepunkt erreichte diese Bewegung in den Jahrzehnten vor Ausbruch des großen Krieges, als sich in zahlreichen Städten Bürgerbewegungen formierten, die nach Stärkung der genossenschaftlichen Partizipation im Innern sowie der städtischen Freiheitsrechte nach außen verlangten. Indem gegenläufig zu dieser gemeindlich-genossenschaftlichen Renaissance auch die territorialstaatlich-herrschaftliche Bewegung seit Mitte des 16. Jahrhunderts erheblich an politischer und theoretischer Dynamik gewonnen hatte, standen diese städtischen Partizipations- und Freiheitsbewegungen zu Anfang des 17. Jahrhunderts in einem neuen Bedingungsfeld. Der fürstliche Territorialstaat war seit 1555 rechtlich und politisch nachgerade unanfechtbar, und er besaß eine neue politische Theorie, die den Autonomieforderungen der nun eindeutig als „Landstädte“ klassifizierten Kommunen den Boden entzog. Dennoch wäre es falsch, einseitig eine Krise der Städte und ihrer genossenschaftlichen

Politiktheorie zu diagnostizieren. Die Wucht der Krise des frühen 17. Jahrhunderts ergab sich vielmehr dadurch, daß zwei Kräfte aufeinandertrafen, die beide durch die Ereignisse des 16. Jahrhunderts gestärkt worden waren, wenn die realen Siegeschancen auch sehr unterschiedlich waren. Das Ausmaß dieser Krise sowie die Tatsache, daß sie nicht zuletzt das politische Bewußtsein des Stadtbürgertums geschärft hatte, schlug in einer ausgeweiteten Produktion von Rechtsdeduktionen, Denk- und Flugschriften zu Buche. In Städten wie Braunschweig, Emden und Korbach entfaltete das Bürgertum eine politische Propaganda, die in den beiden Jahrzehnten vor dem Krieg eine öffentliche Meinung erzeugte, die niederländische Verhältnisse anklingen läßt⁸⁴. Theoriegeschichtlich war die neue Situation dadurch charakterisiert, daß die städtische Argumentation die neue juristische und politiktheoretische Stoßrichtung der Fürstentaaten parierte, und zwar nicht nur dort, wo sie – wie in Emden und Korbach – mit den calvinistisch-monarchomachischen Gegenströmungen in Berührung kam.

3. Es gehört zu diesen Veränderungen in den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, daß dem Kaiser und dem Reich bei den Konflikten innerhalb der Städte sowie zwischen den Städten und den Fürsten eine neue Funktion zugewachsen war. Das stand nicht im Widerspruch zur bekannten reichspolitischen Entwicklung des 16. Jahrhunderts, sondern war deren Konsequenz: Auf der Basis des 1555 festgeschriebenen Reichsterritorial- und Reichsfriedenssystems, das das Verhältnis zwischen Fürsten und Städten normiert hatte, waren Kaiser und Reich als Garanten dieses Systems zwangsläufig in den Vordergrund getreten. Für die Städte bedeutete das zunächst einmal einen Schutz gegen willkürliche Maßnahmen seitens der Landesherren. Und es lassen sich sogar Ansätze dafür erkennen, daß die Städte durch einen Rekurs auf den Kaiser und das Reich versuchten, ihre Position zu stärken. Das waren aber nur taktische Erfolge, während längerfristig Kaiser und Reich angesichts des territorialstaatlichen Zuschnittes der frühneuzeitlichen Reichsverfassung die Nivellierung der autonomen Freistädte zu ordinären Landstädten betrieben. In dieselbe Richtung wirkte das prinzipielle Friedensgebot und der Verweis auf den „Weg Rechtens“, der den Städten zwar akut helfen konnte, ihnen längerfristig aber zum Nachteil gereichte. Bezeichnenderweise konnte man gerade in Emden ein Gegenmittel entwickeln, weil hier die mittelalterliche Autonomietradition fehlte und das Ringen um die städtische Freiheit von vornherein auf der Grundlage der frühneuzeitlichen Reichsverfassung erfolgte: Mit Hilfe des historisch-utopischen Freiheitsanspruches der Friesen stellte man die Gültigkeit der fürstlich bestimmten Territorialverfassung des Reiches für Ostfriesland schlechthin in Abrede. Daß man sich dabei u. a. auf kaiserliche Privilegien berief, war nur vordergründig paradox. Denn bei dem Kaiser, der die friesischen Freiheiten angeblich begründet hatte, Karl der Große nämlich, handelte es sich um einen früh-

⁸⁴ Hierher gehören auch die Reformschriften des Stralsunder Ratsherrn Balthasar Prütze, in denen sich altes Gewohnheitsrecht mit Elementen des politischen Denkens der Humanisten, wahrscheinlich auch Bodins, mischten. (*Langer*, Stralsund, 196 ff.). Auch der Hansebund entfaltete in jenen Jahrzehnten eine rege publizistische Tätigkeit. (*Schilling*, Konfessionskonflikte und Hansestädtische Freiheiten, 50f. mit älterer Literatur.)

mittelalterlichen Herrscher und nicht um das Oberhaupt des frühneuzeitlichen Reichssystems.

Im Gegensatz zu den Territorialstädten wirkten sich in den Reichsstädten die frühneuzeitliche Reichsverfassung und die von ihr hergeleiteten Eingriffe des Kaisers längerfristig als Stärkung der spezifisch bürgerlichen Verfassungsordnung und im Sinne einer Fortentwicklung der genossenschaftlichen hin zu frühneuzeitlich stadtrepublikanischen Formen aus⁸⁵. Angesichts der geringen Zahl von Reichsstädten konnte das jedoch nicht die *kardinale Schwächung des städtisch-bürgerlichen Elementes* wett machen, die durch die Nivellierung der gemeindlich-genossenschaftlichen Tradition der großen territorialen Kommunen in der politischen Kultur Nord- und Nordwestdeutschlands eingetreten war⁸⁶.

4. Um das gemeindlich-genossenschaftliche Ordnungsmodell des deutschen Stadtbürgertums inhaltlich in seinem entwicklungsgeschichtlichen Ort zu bestimmen, empfiehlt es sich, von dem außerordentlichen Erfolg auszugehen, den die Reformation in den deutschen Städten von Konstanz bis Schleswig und von Aachen bis Danzig hatte. Nach einer intensiven und fruchtbaren Forschungsdiskussion wissen wir

⁸⁵ Bereits *Nicolai Reusner*, *De Urbibus Germaniae Liberis sive Imperialibus Libri Duo* (o.O. 1602), definiert die Freien Reichsstädte (v.a. in der Schweiz und in Sachsen gelegen) als solche „*quae suis utuntur legibus ad morem Rerumpublicarum*“. Die u.a. im Rheingebiet und Schwaben gelegenen Kaiserlichen Städte hebt er noch davon ab (a.a.O., 24). Später gilt die Verfassung aller Reichsstädte ungeachtet ihres Ursprungs als „republikanisch“. Vgl. etwa *Johann Stephan Pütter*, *Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung Teutschen Reichs*, 2. Theil von 1538–1740 (Göttingen 1786) 208 ff., wo allerdings innerhalb dieser republikanischen Verfassung zwischen Städten mit reiner und solchen mit eingeschränkter aristokratischer Regierungsform unterschieden wird. Die Vielzahl der einschlägigen zeitgenössischen und geschichtswissenschaftlichen Darstellungen kann hier nicht aufgelistet werden. Aufschlußreich sind vor allem noch *Malblank*, *Abhandlungen*; *Tobias Ludwig Ulrich Jäger*, *Juristisches Magazin für die deutschen Reichsstädte*, (Ulm 179 ff.); *Johann Jacob Moser*, *Teutsches Staatsrecht*, (Nürnberg 1737–54) Bde. 39 bis 43; *ders.*, *Von der Reichs-Städtischen Regimentsverfassung* (Frankfurt und Leipzig 1712); *ders.*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Bd. 18. – Von den geschichtswissenschaftlichen Darstellungen seien nur genannt die vorzüglich, vor allem die süddeutschen Reichsstädte berücksichtigende Skizze von *Hermann Conrad*, *Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Reichsstädte im Deutschen Reich* (etwa 1500–1806), in: *Studium Generale* 16 (1963) 493–500; *R. Hildebrandt*, *Rat contra Bürgerschaft. Die Verfassungskonflikte in den Reichsstädten des 17. und 18. Jahrhunderts*, in: *Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege* 2 (1974) 221–241.

⁸⁶ Wie sich über alle Umbrüche hinweg aus den mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Traditionen eine spezifisch politische Kultur entwickeln konnte, zeigt heute das Beispiel der beiden Bundesländer Bremen und Hamburg. Helmut Berding stellt daher zu recht in seinem Überblick über den politischen Regionalismus in der Bundesrepublik den „willkürlich zusammengesetzten Ländern wie Rheinland-Pfalz“ die „traditionsreichen Staaten wie Bayern und die Hansestädte“ gegenüber. *Helmut Berding*, *Staatliche Identität, nationale Integration und politischer Regionalismus*, in: *Hans Patze* (Hrsg.), *Staatsgedanke und Landesbewußtsein in den neupreußischen Gebieten* (1866) (Marburg, Ulm [Selbstverlag des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine] 1985) 111–133, hier: 132. (Abdruck auch in: *Blätter für Deutsche Landesgeschichte* 121, 1985) – Vgl. auch *Rainer Postel*, „Hanseaten“. Zur politischen Kultur Hamburgs, Bremens und Lübecks, in: *Hans-Georg Wehling* (Hrsg.), *Regionale politische Kultur* (Stuttgart 1985) 15–35.

heute, daß dies wesentlich bedingt war durch die Übereinstimmung der gemeindlich-genossenschaftlichen Elemente in der Verfassung der Städte, die die Bürger zudem noch als Heilsgemeinschaft begriffen, mit den Grundlagen des Gemeindechristentums – des zwinglianischen ebenso wie des lutherischen⁸⁷. Auch nach der Reformation blieb die in den Städten geforderte Religionsfreiheit im wesentlichen genossenschaftlich bestimmt, sieht man einmal von Strömungen vor allem auf dem „linken Flügel“ der Reformation ab, die entwicklungsgeschichtlich sehr wichtig sind, im 16. Jahrhundert aber Episode blieben. Von der so markant ausgeprägten Forderung der Städte auf religiöse Selbstbestimmung führte kein direkter Weg hin zur neuzeitlich individualistischen Glaubens- und Gewissensfreiheit. Denn in Fortsetzung der mittelalterlichen Tradition war mit Selbstbestimmung die genossenschaftlich legitimierte Selbstbestimmung des Bürgerverbandes, nicht aber diejenige des einzelnen Bürgers gemeint. Das trifft auch für Emden zu, insofern hier 1595 eine calvinistische Stadtgemeinde errichtet wurde, die den lutherischen oder gar den katholischen Einwohnern ganz selbstverständlich die religiöse Selbstbestimmung versagte. Diese kommunale Fixierung der Gewissensentscheidung ist umso gewichtiger, als hier ungleich stärker als bei den Finanzen, der Außenpolitik oder dem Militärwesen der einzelne Mensch in seiner Persönlichkeit, seinem individuellen Seelenheil getroffen war. Diese dialektische Spannung zwischen mittelalterlich-genossenschaftlichem Denken und neuzeitlichem Individualismus markiert nicht nur die Grenzen der Stadtreformation, sondern des gemeindlich-genossenschaftlichen Politik- und Gesellschaftsmodells allgemein. Es läßt sich die These verfechten: Weil das genossenschaftliche Prinzip in den deutschen Städten des Mittelalters so stark war und in die Reformation neu fundiert wurde, tat sich das deutsche Bürgertum im 17. und 18. Jahrhundert so schwer, vom vormoderne „Kommunalismus“ – um diesen von Peter Blickle eingeführten Begriff zu verwenden – auf den neuzeitlichen Republikanismus umzuschalten.

5. Ungeachtet dieser Feststellung erscheint es mir aber theoriegeschichtlich wenig fruchtbar und auch nicht sachgerecht, diese älteren politischen Vorstellungen des Stadtbürgertums als traditional und undynamisch zu klassifizieren, um sie von den „eigentlichen“ progressiven Theorien des Naturrechtsdenkens oder der Monarchomachen abzusetzen. Wie insbesondere die Diskussionen im Umkreis der Emdener Revolution beweisen, waren die Verhältnisse wesentlich komplexer: Die gemeindlich-genossenschaftliche Reaktion im Stadtbürgertum des 16. Jahrhunderts gab den Resonanzboden für diese neuen Ideen ab. Sie erscheinen eher als Schritt auf einer vorgezeichneten Linie denn als Wechsel der Richtung. Ja noch mehr: Das gemeindlich-genossenschaftliche Denken selbst war offensichtlich keineswegs unfähig, sich mit diesen neuen Ideen zu amalgamieren.

⁸⁷ Literaturüberblicke: *H.-Cb. Rublack*, Forschungsbericht Stadt und Reformation, in: *Bernd Moeller* (Hrsg.), *Stadt und Kirche im 16. Jahrhundert* (Gütersloh 1978) 9–26, *Kaspar von Greyerz*, *Stadt und Reformation: Stand und Aufgabe der Forschung*, in: *Archiv für Reformationsgeschichte* 76 (1985).

Nun ist es zwar richtig, daß solche Ansätze die Ausnahme waren, während in der ganz überwiegenden Zahl der Städte sowohl die innerstädtische Partizipations- als auch die außerstädtische Freiheitsdiskussion in den überkommenen Bahnen abließ. Doch auch dies scheint mir kein Beweis für eine prinzipielle Unfähigkeit des deutschen Stadtbürgertums, sein politisches Denken fortzuentwickeln. Denn es ist zu beachten, daß in Deutschland, zumal in den Hansestädten, das altständische Bürgertum auf der Basis seines Freiheitsverständnisses, das uns erst im Vergleich zu den neuen Theorien traditionell erscheint, im Mittelalter große Erfolge erzielt hatte. Vor dieser positiven Erfahrung, die auch Anfang des 17. Jahrhunderts noch nicht generell umgeschlagen war, sah man offensichtlich kein Bedürfnis für eine neue Politiktheorie. Und schließlich erscheint es mir geboten, dieser stadtbürgerlichen Politiktradition ein größeres Gewicht in der politischen Kultur der Deutschen beizumessen, auch wenn sie im 17. und 18. Jahrhundert im wesentlichen auf die Reichsstädte geschrumpft war. Zwar ist unbestreitbar, daß man den historisch-realistischen Ansatz des frühneuzeitlichen Republikanismus in Westeuropa nie erreichte, sondern die traditionellen aristotelischen Wege beschritt. Man entwickelte auch keine den genossenschaftlichen Bürgerverband transzendierenden Partizipationsmuster. Das markiert die prinzipiellen Grenzen der frühneuzeitlichen Politikdiskussion in den deutschen Städten. Modern-republikanische Ideen drangen erst mit der Französischen Revolution in die Städte ein und hatten es schwer, sich gegenüber den genossenschaftlichen Freiheitsvorstellungen durchzusetzen. Unverkennbar ist aber, daß auch auf diesen Wegen ein Gegenentwurf zu dem in Deutschland und Europa vorherrschenden Staatsmodell der Fürstenstaaten entstanden war. Ihn zeichnen hauptsächlich vier Strukturelemente aus:

- Das Prinzip der Egalität innerhalb der politischen Eliten und die radikale Ablehnung der Einpersonenherrschaft.
- Die „konstitutionell“ festgeschriebene Teilhabe des Bürgers als Mitglied des gemeindlich-genossenschaftlichen Rechtsverbandes an der Regierung und Verwaltung seiner Stadt.
- Der öffentliche Charakter der städtischen „Staatsgewalt“ und deren Verpflichtung auf das vom privaten explizit unterschiedene allgemeine Interesse – für die niederländischen Regentenrepublikaner ein Strukturmerkmal jeder Republik⁸⁸.
- Schließlich, in Fortsetzung der mittelalterlichen Norm, daß alle Grundsatzentscheidungen von der Bürgergemeinde mitzutragen seien, die Teilhabe des Bürgerverbandes an der Bestimmung des „Gemeinen Besten“, zumindest aber die Kontrolle darüber⁸⁹. Hierin sehe ich die bedeutendste Entsprechung zwischen dem städtischen und dem republikanischen Politikmodell. Beide heben sich an diesem für die politi-

⁸⁸ Schilling, Regentenrepublikanismus (wie Anm. 13).

⁸⁹ „So wenig in der Regel einem Reichsstädtischen Magistrat die administratorische Gewalt in Ansetzung der Stadt-Einkünfte widersprochen werden kann; so gewiß ist es jedoch auch auf der anderen Seite, daß die Bürgerschaft eine Concurrent und Theilnehmung an dieser Gewalt begehen könne, sobald der Magistrat die Absicht der ihm erteilten Vollmacht nicht ganz erfüllt, das *gemeine Beste* nicht vor Augen hat, überall nur seinen Privatvorteil beherzigt, die Finanzzweige für die Macht vernachlässigt, das Aerarium mit großen Schulden beschweret, und zu dessen Verfall den Weg bahnt.“ (Malblank, Abhandlungen, 99).

sche Kultur so zentralen Punkt vom absolutistischen Fürstenstaat ab, wo das „Gemeine Beste“ von oben, vom Staat und seiner Beamtenschaft her formuliert und bewerkstelligt wird, losgelöst von der Gesellschaft also, wenn auch gedacht zu ihrem Wohle⁹⁰.

6. Meine Ausführungen über die Renaissance des gemeindlich-genossenschaftlichen Bürgerpathos und die darauf aufgebaute These, es sei prinzipiell in der Lage gewesen, Elemente der neuen Politiktheorie aufzunehmen, ist allenfalls in Bezug auf das Reich überraschend. Für die niederländische Geschichte ist die gemeindlich-genossenschaftliche Reaktion des Stadtbürgertums zu Ende des 16. Jahrhunderts evident, ebenso die Transformation seines politischen Denkens hin zu neuzeitlichen Formen, die den städtischen Rahmen sprengen und in ihrer Konsequenz modern-individualistischer Qualität waren. Zwischen den Verhältnissen im Reich und den Entwicklungen in den Niederlanden sind somit zunächst einmal weniger Abhängigkeiten in die eine oder andere Richtung zu konstatieren als Parallelerscheinungen. Daß in den Niederlanden der Weg in die frühneuzeitliche Republik beschritten werden konnte, in Deutschland dagegen selbst in direkt den Niederlanden benachbarten, strukturverwandten Regionen eine solche Entwicklung blockiert war, hing nicht mit den Stärken oder Schwächen im politischen Denken des jeweiligen Bürgertums zusammen. Das läßt sich auch nicht primär konfessionsgeschichtlich erklären. Es lag vielmehr in der Konsequenz der unterschiedlichen politischen und vor allem verfassungsrechtlichen Entwicklung, die die burgundischen Provinzen einerseits und das übrige Reichsgebiet andererseits seit dem ausgehenden Mittelalter durchlaufen hatten.

Diese Beobachtung läßt sich m.E. auch auf andere Randgebiete des mittelalterlichen Reichs ausweiten: Im europäischen Vergleich schält sich aus unseren Überlegungen, (v.a. aus den reichspolitischen Zusammenhängen, oben Punkt III,3) die These heraus, daß die Stärkung der städtischen Freiheitsbewegungen und deren Fortentwicklung zu republikanischen Theorien in Oberitalien, der Schweiz und in den Niederlanden nicht zuletzt dadurch begünstigt wurde, daß diese Länder von der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Formierung des Reichssystems nicht mehr betroffen wurden.

Diese Aussagen über funktionale Parallelen lassen aber zugleich mit aller Schärfe einen Unterschied hervortreten, der die neuzeitliche Geschichte des politischen Denkens in Europa und die damit befaßte Historiographie nachhaltig geprägt hat. Ich meine die Tatsache, daß sich eine explizite politische Theorie zuerst in den italienischen Städten entfaltete und diese dann vor allem in den Niederlanden und England fortentwickelt wurde. Die deutschen Städte besaßen im späten Mittelalter eine blühende Chronistik; eine explizite politische Theorie entwickelten sie nicht.

⁹⁰ Vgl. *Schilling*, Regentenrepublikanismus; vgl. auch die wichtigen Beobachtungen am Beispiel Hessen-Kassels bei *R. von Friedeburg*, Der „Gemeine Nutz“ als affirmative Kategorie, in: *Zeitschrift des Vereins für Hess. Geschichte und Landeskunde* 89 (1982/83) 27–49, mit einem interessanten Ausblick auf „nötiges Mißtrauen“ gegen „gemeinnützige Absichten des gegenwärtigen“ Wohlfahrtsstaates.

7. Das führt zu meinem letzten Punkt, der Nomenklatur und dem Paradigma, unter denen das *gemeindlich-genossenschaftliche Partizipations- und Freiheitsdenken* des spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtbürgertums im Reich zu diskutieren ist. Die eingeführte Sprechweise ist eben diese von der „*genossenschaftlichen*“ Tradition. Sie kann sich auf die ältere, vornehmlich rechtsgeschichtlich ausgerichtete Stadtgeschichtsforschung berufen sowie vor allem auf den Rechtshistoriker Otto von Gierke. Problematisch ist die mangelnde Resonanz dieses Paradigmas in der internationalen Forschung, vor allem in der Geschichte der neuzeitlichen Politiktheorie. Peter Blickle, der dieses Dilemma als erster erkannte, hat den Begriff „*Kommunalismus*“ eingeführt⁹¹. Abgesehen von dem systematischen Problem der Verkopplung von Entwicklungen in den Städten und auf dem Land, das hier nicht zu diskutieren ist, fürchte ich, daß forschungsstrategisch auch dieser Begriff eher als Ausdruck deutscher Besonderheit denn als Angebot zum internationalen Vergleich aufgefaßt werden könnte. Unter diesem Aspekt erscheint mir Koenigsbergers Anregung fruchtbar, den beschriebenen Sachverhalt unter dem Paradigma „Republik/Republikanismus“ zu diskutieren. Es hat sich zwar gezeigt, daß von einem veritablen Republikanismus in den deutschen Städten bis zum Vorabend des Dreißigjährigen Krieges und darüber hinaus keine Rede sein kann. Ebenso unmißverständlich sollte aber betont werden, daß die politischen Ordnungsvorstellungen des deutschen Stadtbürgertums jenem breiten Strom des alt-europäischen politischen Denkens zuzurechnen sind, aus dem der frühneuzeitliche und schließlich der moderne Republikanismus hervorgegangen ist.

⁹¹ Peter Blickle, *Deutsche Untertanen. Ein Widerspruch* (München 1981); ders., *Der Kommunalismus als Gestaltungsprinzip zwischen Mittelalter und Moderne*, in: *Gesellschaft und Gesellschaften*, Festschrift für Ulrich Imhof (Bern 1982) 95–113.